



Noam Chomsky

Power and Terror
US-WAFFEN,
MENSCHENRECHTE UND
INTERNATIONALER
TERRORISMUS

scanned by unknown
corrected by che

»Chomsky geht von der ebenso schlichten wie entwaffnenden Moral aus, dass das, was für andere gelten soll, auch für die eigene Seite gelten müsse. In der Wirklichkeit, weiß Chomsky, entscheide aber keine Moral, sondern die Frage, an welchem Ende des Gewehres man sitze: Terroristen sind immer nur die anderen, auch wenn wir genau dasselbe tun – nur mit besseren Waffen.«

ISBN: 3-203-76008-8

Original: Power and Terror: Post-9/11 Talks and Interviews

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

Verlag: Europa Verlag

Erscheinungsjahr: 2004

Umschlaggestaltung: Kathrin Steigerwald, Hamburg

Dieses E-Book ist nicht zum Verkauf bestimmt!!!

Autor



Noam Chomsky

geboren 1928, studierte Linguistik mit Schwerpunkt Hebräisch. Seit 1961 ist er Professor am Massachusetts Institute of Technology und seit 1966 außerdem Inhaber des Ferrari-Ward-Lehrstuhls für Moderne Sprachen und Linguistik. Chomsky ist Autor zahlreicher vielbeachteter Bücher zu Themen der Linguistik, Philosophie und Politik und gehört »zu den letzten prominenten Intellektuellen, die überhaupt noch bereit sind, gegen den überwältigenden konformistischen Meinungsstrom zu schwimmen«

(SWR)

Inhalt

Einleitung	4
I. Interview mit John Junkerman zum Film »Power and Terror«	7
II. US-Waffen, Menschenrechte und internationaler Terror ⁵	34
III. Aus Vorträgen und Diskussionen	61
1. »Warum hassen sie uns?« ¹²	62
2. Ein Besuch im Westjordanland mit Azmi Bischara ¹³	65
3. Die US-Medien und Palästina ¹⁵	71
4. Was können wir tun? ¹⁸	77
5. Weltmacht USA ¹⁹	84
Anhang	98
Über den Film »Power and Terror: Noam Chomsky in Our Times«.....	99
Anmerkungen	102

EINLEITUNG

Gleich nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 wurde Noam Chomskys ohnehin immens straffe Zeitplanung einer echten Belastungsprobe unterzogen. In den folgenden Monaten hielt er zahlreiche öffentliche Vorträge und gab noch mehr Interviews als zuvor, viele davon in ausländischen Medien. Sie wandten sich an ihn als Angehörigen jener Handvoll amerikanischer Intellektueller, die die aggressive militärische Reaktion der Regierung Bush auf die Anschläge kritisierten.

Mit unnachgiebiger Überzeugung dürfte Chomsky wohl an die tausendmal sein Argument wiederholt haben, daß wir den Terrorismus der Schwachen gegen die Starken nicht angemessen beurteilen können, wenn wir nicht zugleich den »sehr viel extremeren Terrorismus der Starken gegen die Schwachen, der jedoch als tabu gilt« ins Auge fassen. Das mit einem ständig wachsenden Aufgebot an historischen Fallstudien, Dokumenten und Analysen unterfütterte Argument stieß in Washington und bei den Mainstream-Medien auf taube Ohren, fand aber bei Tausenden von Zuhörern in den Vereinigten Staaten und im Ausland enorme Resonanz. Zahllose Menschen vernahmen auch diesmal wieder, wie schon seit Jahrzehnten, Chomsky als Stimme der Vernunft und des Gewissens.

Diese Stimme drang auch nach Japan (wo ich lebe), und zwar in Gestalt einer japanischen Übersetzung seines Buchs *9-11*, die bereits Ende November 2001 erschienen war. Der Produzent einer unabhängigen japanischen Filmgesellschaft war von dem Buch genauso begeistert wie ich, und so faßten wir gemeinsam den Entschluß, einen Dokumentarfilm über Chomsky und seine Auffassung von Terrorismus und amerikanischer Macht zu

drehen. Dieses Buch ist ein Resultat unseres Unterfangens.

Schon Anfang Januar 2002, als wir zum ersten Mal mit Chomsky über unser Projekt sprachen, gewannen wir einen Eindruck von der Intensität seines Lebens. Er sei, sagte er, an einer Zusammenarbeit durchaus interessiert, hätte aber erst im Mai Zeit für ein längeres Interview. Bis dahin habe er mehrere Reisen geplant: zum Weltsozialforum nach Porto Alegre in Brasilien, in die Türkei, um für seinen dortigen Verleger vor Gericht auszusagen, und nach Kolumbien. Zudem halte er sich im März eine Woche lang in Kalifornien auf. Wir könnten ihn begleiten und bei seinen öffentlichen Auftritten filmen.

Wir entschieden uns für Kalifornien. Chomsky war von der Universität in Berkeley zu zwei linguistischen Vorträgen anlässlich einer jährlich stattfindenden Vorlesungsreihe eingeladen worden. Während seines fünftägigen Aufenthalts in der Bay Area hielt Chomsky in der Universität Sprechstunden ab, traf sich mit Studenten und Fakultätsmitgliedern und nutzte seine »Freizeit« zu fünf Vorträgen über verschiedene politische Themen (von denen wir drei filmten). Zu diesen Vorträgen kamen insgesamt mehr als fünftausend Zuhörer.

Am Freitag schließlich, in Palo Alto, war Chomsky völlig erschöpft und seine Stimme heiser. Aber als er im Ballsaal eines Hotels vor eintausend intensiv lauschenden Menschen mit seinem Vortrag begann, kam er noch einmal so richtig in Schwung. Er sprach mit zunehmender Eindringlichkeit über die Gefahr der Weltraumbewaffnung und antwortete auf besorgte Fragen aus dem Publikum mit bisweilen zehnminütigen Beiträgen, die selbst schon wieder kleine Reden waren.

Danach verbrachte Chomsky noch eine Dreiviertelstunde in einer Diskussionsrunde von fünfundzwanzig Personen, stellte sich weiterhin geduldig den Fragen und signierte Bücher, bis er einen Krampf in der Hand bekam. »Jetzt kann ich nicht einmal mehr schreiben«, lachte er.

Was mich an Chomsky in diesen Tagen, da ich ihn begleitete, besonders beeindruckte, war seine Bescheidenheit und Großzügigkeit. Er sieht sich nicht als jemand, der den gesellschaftlichen Wandel bewirkt, sondern ihn zu ermöglichen sucht, indem er sein Publikum mit Informationen und Analysen, den Ergebnissen seiner Forschung, vertraut macht. Wiederholt betonte er, daß es gelte, Entscheidungen zu treffen und daß jedes Individuum die Wahl hat, nach moralischen Prinzipien zu handeln und die Mächtigen zu zwingen, sich entsprechend zu verhalten.

Ebenso beeindruckte mich sein Optimismus. Trotz seiner oftmals deprimierenden Untersuchung der amerikanischen Macht und ihres Mißbrauchs war er glänzender Stimmung und blickte hoffnungsvoll in die Zukunft. Die meisten Vorträge schloß er mit dem Hinweis darauf, wieviel die sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten erreicht hätten und daß der gesellschaftliche Wandel auch weiterhin in Reichweite liege.

Der japanische Philosoph und Aktivist Tsurumi Shunsuke, der die japanische Ausgabe dieses Buchs editorisch betreut hat, schreibt Chomskys Optimismus dessen Beschäftigung mit der Linguistik zu, die einen umfassenden Blick auf die lange Geschichte der Sprachentwicklung ermögliche. »Vor dem Hintergrund dieser Geschichte müssen das gegenwärtige und das nächste Jahr als sehr kleiner Zeitraum erscheinen. Chomsky lebt in der Gegenwart und vertraut auf die unabsehbare weitere Aktivität der Menschen zur Umgestaltung der Verhältnisse – daher rührt seine Fröhlichkeit.«

Chomskys Werk konfrontiert jeden von uns mit der Frage und der Herausforderung: Ist Optimismus angesichts von Splitterbomben und Hurra-Patriotismus gerechtfertigt? Die Antwort, so betont er immer wieder, hängt zum großen Teil davon ab, was Menschen wie Sie und ich zu tun bereit sind.

John Junkerman, Tokio, Januar 2003

I. INTERVIEW MIT JOHN JUNKERMAN ZUM FILM »POWER AND TERROR«

Wie haben Sie am 11. September 2001 von dem Attentat erfahren?

Von einem Arbeiter, den ich kenne und der hier in der Gegend [in Cambridge, Mass.] tätig ist. Er kam zufällig vorbei und sagte mir, er habe es im Fernsehen gesehen.

Wie haben Sie darauf reagiert?

Ich machte das Radio an, um herauszubekommen, was eigentlich vorgefallen war. Offenkundig eine schreckliche Greuelthat. Ich reagierte jedoch so, wie viele andere Menschen überall auf der Welt. Eine Greuelthat, aber außergewöhnlich nur für Europäer, Nordamerikaner oder Japaner. Nichts Neues, wenn man bedenkt, wie die imperialen Mächte in Hunderten von Jahren mit dem Rest der Welt verfahren sind. Der Angriff [auf das World Trade Center] ist ein historisches Ereignis, unglücklicherweise jedoch nicht wegen seines Umfangs oder seiner Eigenart, sondern wenn man bedenkt, wer die Opfer waren.

In ihrer langen Geschichte sind die imperialen Mächte von solchen Greuelthaten weitgehend verschont geblieben. Die Verbrechen spielten sich immer anderswo ab, jahrhundertlang. Als etwa die Japaner in China wüteten, gab es, soweit mir bekannt ist, keine terroristischen Angriffe der Chinesen auf

Tokio. Das ist mit dem 11. September anders geworden.

Besonders überraschend ist es jedoch nicht. Ich hatte schon vorher über solche Möglichkeiten Vorträge gehalten und Artikel geschrieben, und die technische Literatur ist voll von Beispielen. Es liegt auf der Hand, daß die moderne Technologie kleine Gruppen, auch wenn sie nicht über besonders ausgefeilte Mittel verfügen, dazu befähigt, großes Unheil anzurichten. Denken wir nur an den Gasanschlag in Japan.¹

Dergleichen ist seit Jahren bekannt, und man konnte, wenn man aufmerksam war, genug Hinweise finden. Schon lange vor dem 11. September wiesen US-amerikanische Fachzeitschriften darauf hin, daß es nicht allzu schwierig wäre, in New York eine Atomexplosion auszulösen. Unglücklicherweise gibt es auf der Welt Zehntausende von Nuklearwaffen, die frei verfügbar sind, und auch die Komponenten für die Herstellung solcher Waffen lassen sich beschaffen. Anleitungen für den Bau einer kleinen »dreckigen Bombe« mit einer Sprengkraft wie der von Hiroshima muß man nicht lange suchen. Die Informationen darüber sind alles andere als geheim. Und eine Hiroshima-Bombe in einem New Yorker Hotelzimmer wäre nicht besonders komisch.

Es wäre im übrigen kein Problem, sie dort zu plazieren. Vermutlich könnte man, selbst wenn man nur begrenzte Fähigkeiten hat, alles Erforderliche über die kanadische Grenze in die USA einschmuggeln. Die Grenze wird nicht bewacht und kann auch nicht geschützt werden. So etwas kann durchaus in nächster Zukunft geschehen, wenn wir mit den Problemen nicht vernünftig umgehen, d. h. herausfinden, wo ihre Ursachen liegen.

Es nützt ja nichts, in Wehgeschrei auszubrechen. Wenn man ernsthaft weitere Untaten verhindern will, muß man erkennen, wo ihre Wurzeln liegen. Fast jedes Verbrechen, sei es ein gewöhnlicher Raubüberfall oder ein Krieg oder was auch immer, besitzt einige Elemente von Legitimität, die man in

Erwägung ziehen muß. Das gilt für die Straßenkriminalität ebenso wie für die Kriegsverbrechen einer aggressiven Macht.

Manche Leute, die so etwas hören, beschuldigen Sie, ein Apologet des Terrorismus zu sein. Was antworten Sie darauf?

Genau das Gegenteil ist wahr. Ich bin kein Apologet. Es ist einfach eine Frage der Vernunft. Wenn es einem egal ist, ob weitere Terrorangriffe stattfinden, muß man sich natürlich auch nicht mit den Ursachen beschäftigen. Wenn man jedoch daran interessiert ist, solche Angriffe zu verhindern, sollte man sich um die Ursachen kümmern. Das hat mit Apologetik nichts zu tun.

Es ist sehr interessant zu sehen, wie diese Kritik funktioniert. Wenn ich z. B. das *Wall Street Journal* zitiere, das Gründe nennt, weshalb Gruppen wie die von Usama bin Ladin Unterstützung finden, werde *ich* beschuldigt, apologetisch zu verfahren, nicht aber das *Wall Street Journal*. Das zeigt, worum es den Kritikern geht: Ihnen mißfällt die Kritik an der US-amerikanischen Politik.

Wenn ich mich auf das *Wall Street Journal* berufe oder freigegebene Geheimdokumente der Regierung zitiere, in denen dieses Problem schon vor vierzig Jahren erörtert wurde, bin ich der Apologet, nicht aber die Zeitung oder der Nationale Sicherheitsrat. Diese Kritiker empfinden Nonkonformismus und Ungehorsam als bedrohlich. Aber den Versuch, Ursachen und Motive für ein Verbrechen gleich welcher Art, als Apologie dieses Verbrechens zu interpretieren, ist einfach kindisch.

Sie haben die Hiroshima-Bombe erwähnt. In den USA wird, anders als in Japan, der Schauplatz des Angriffs auf das World Trade Center als »Ground Zero« bezeichnet.

Genau.

Japaner, die den Angriff auf Hiroshima und Nagasaki erlebt haben, hören das mit sehr gemischten Gefühlen. Können Sie das nachvollziehen?²

Interessanterweise denkt hier [in den USA] niemand darüber nach. Hören Sie sich um. Ich habe in der Presse und den umfangreichen Kommentaren zum Angriff keinen einzigen Hinweis darauf gefunden. Es ist aus dem Bewußtsein der Leute einfach verschwunden.

Aber dieser Ausdruck ...

Natürlich kommt er daher. Keine Frage. Es fiel mir sofort auf.

Darum ruft er in den Menschen etwas wach.

Das verstehe ich. Aber hier ist das anders, weil es hier so ist wie immer. Die Verbrechen, die man anderswo begeht, existieren einfach nicht. Und man kann sie verdrängen, über Hunderte von Jahren. Nehmen wir die Vereinigten Staaten. Warum sitze ich hier? Weil einige religiös-fundamentalistische Fanatiker aus England hierher kamen und angingen, die einheimische Bevölkerung auszurotten. Ihnen folgten viele andere, die dann den Rest der Eingeborenen erledigten. Das war keine geringfügige Angelegenheit; es handelte sich um Millionen von Menschen.

Und die Leute damals wußten, was sie taten. Sie hatten keine Skrupel. Was sie taten, kam ihnen nicht fragwürdig vor. Das ging so über Hunderte von Jahren, und niemand hat sich Gedanken darum gemacht. Erst der Einfluß der

Bürgerrechtsbewegungen in den sechziger Jahre führte zu einem Bewußtseinswandel. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte dachten die Menschen über die Frage nach, was wir den Indianern angetan haben. Als ich ein kleiner Junge war, spielten wir Cowboy und Indianer. Wir waren die Cowboys und töteten die Indianer. Wir haben darüber nicht weiter nachgedacht. Meine Kinder haben das allerdings nicht mehr gespielt.

Kommen wir noch einmal auf Japan zurück. Was denken Sie über die Beteiligung der japanischen Regierung an der militärischen Operation in Afghanistan?

Fast jede Regierung hat sich darum gerissen, sich dem Bündnis anschließen zu können, und alle hatten ihre besonderen Gründe. Rußland wollte seine Aktivitäten im grausamen Krieg gegen Tschetschenien verstärken. Peking freute sich über die US-amerikanische Unterstützung für die Repression in Westchina. Und auch Algerien, einer der schlimmsten Terrorstaaten der Welt, war dem »Bündnis gegen den Terror« willkommen.

Am meisten aber, auch über das Verhalten westlicher Intellektueller, lernen wir aus dem Fall Türkei. Bezahlt von den USA rücken türkische Truppen auf Kabul vor, sind vielleicht schon dort, um den »Krieg gegen den Terror« zu führen. Die Türkei war das erste Land, das seine Unterstützung angeboten hat. Warum? Die Regierung hat es erklärt: aus Dankbarkeit. Immerhin waren die USA als einziges Land bereit, die terroristischen Greuelthaten der Türkei in Ost-Anatolien massiv zu unterstützen.

Das ist nicht vergangen und abgetan; es geht weiter. Die Türkei hat in den neunziger Jahre schlimmste Verbrechen begangen, schlimmer als alles, was man Slobodan Milosevic an Untaten im Kosovo vorwirft, die noch vor den Bombardements

durch die NATO exekutiert wurden.

Die Türkei ging in Ost-Anatolien gegen die Kurden vor, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Millionen wurden vertrieben, Tausende von Dörfern zerstört, Zehntausende Kurden getötet. Barbarische Folter war an der Tagesordnung.

Clinton lieferte dafür die Waffen. Neben Israel und Ägypten wurde die Türkei zum weltweit führenden Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe, die den Staatsterror gegen die Kurden ermöglichte. Im Gegenzug beteiligt sich die Türkei jetzt am »Krieg gegen den Terror«. Die westlichen Intellektuellen aber schauen zu und schweigen – ein beeindruckendes Zeugnis für die Selbstdisziplin der Gebildeten.

Weit vor dem 11. September, nämlich 1999, feierte die NATO nicht nur ihr fünfzigjähriges Bestehen, sondern bombardierte zugleich Serbien. Ist es nicht schrecklich? hieß es damals. Wie können wir Greuelthaten unmittelbar jenseits der NATO-Grenzen dulden? Kein Wort darüber, daß man vergleichbare Greuelthaten sehr wohl *innerhalb* der NATO-Grenzen nicht nur dulden, sondern auch massiv unterstützen konnte.

Während die Vereinigten Staaten eben dazu ihren Beitrag leisteten, trafen sich zur gleichen Zeit die führenden Politiker der westlichen Welt in Washington und beglückwünschten sich zu den Bombardements, die – eine nachweislich falsche Behauptung – »die Greuelthaten verhindern sollten«. In den Medien: kein Kommentar. Wer, wie etwa ich, etwas darüber schrieb, wurde als Apologet serbischer Verbrechen abgestempelt.

Auch darin zeigt sich die erstaunliche Selbstdisziplin des Westens, von der ein totalitärer Staat nur träumen kann. Ich weiß nicht, ob man das in Japan bemerkt, aber es ist eine höchst auffällige Tatsache.

Heute nachmittag hatte ich einer großen deutschen Zeitschrift ein Interview gegeben. Ich wies die Journalisten auf die

erwähnten Fakten hin und sagte ihnen auch (was sie eigentlich wissen müßten), daß Deutschland nach den USA der zweitgrößte Lieferant von Militärhilfe an die Türkei sei. Es ist doch merkwürdig: Alle sind besorgt über die Ausbreitung des Terrorismus. Dabei gäbe es ein einfaches Mittel, sie zu verhindern – man darf sich nicht daran beteiligen. Allein das würde das weltweite Ausmaß des Terrorismus drastisch reduzieren.

Das gilt in unterschiedlicher Ausprägung für fast alle Länder, die ich kenne, insbesondere jedoch für die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland und andere. Aber so reagieren Regierungen nun mal – und Intellektuelle.

Das ist eine erstaunliche Doppelmoral oder Heuchelei. Da ich in Japan lebe, sprechen wir oft über die japanische Verantwortung für Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Dabei schicke ich jedesmal voraus, daß ich aus einem Land komme, das in Vietnam Krieg geführt und ihn einen Monat nach Beendigung schon vergessen zu haben schien.

Er ist in einem recht bemerkenswerten Ausmaß vergessen worden. Im März 2002 war der vierzigste Jahrestag der öffentlichen Bekanntgabe, daß die USA Südvietnam angreifen, daß US-Piloten Südvietnam bombardieren. Damals begann Washington mit der chemischen Kriegführung und der Einrichtung von Sammellagern für Millionen Südvietnamesen.

Das alles spielte sich in Südvietnam ab. Keine Russen, keine Chinesen waren dort, noch nicht einmal Nordvietnamesen, obwohl es doch auch ihr Land war. Es handelte sich nur um einen öffentlich bekanntgegebenen Krieg der USA gegen Südvietnam, an den sich nach vierzig Jahren keiner mehr erinnert. Es ist einfach nicht wichtig. Wenn andere uns etwas antun, dann ist es das Ende der Welt. Aber wenn wir anderen

etwas antun, ist das ganz normal, warum sollte man darüber Worte verlieren.

Das gilt auch für Japan.

Ich glaube, in Japan ist es etwas besser gelaufen. Japan hatte den Krieg verloren, und Verlierer sind gezwungen, ihren Untaten einige Beachtung zu schenken. Sieger müssen das nicht.

Denken wir nur an die Kriegsverbrecherprozesse von Tokio.³ Zweifellos hatten sich die Angeklagten aller möglichen Verbrechen schuldig gemacht, aber der Prozeß selbst war eine Farce und nicht nur aus juristischer Perspektive schändlich. Und wurden US-amerikanische Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt?

Anhand der Nürnberger Prozesse läßt sich zeigen, wie die Prinzipien zur Bewertung von Kriegsverbrechen konstruiert wurden. Die Siegermächte mußten entscheiden, was als Kriegsverbrechen gelten sollte. Und die Definition war sehr eindeutig: Ein Verbrechen ist nur dann ein Kriegsverbrechen, wenn es von den Deutschen verübt wurde.

Mithin war die Bombardierung städtischer Wohngebiete durch Briten und Amerikaner kein Kriegsverbrechen. Andererseits konnten deutsche U-Boot-Kommandanten sich bei ihrer Verteidigung auf amerikanische Kommandanten berufen, die bezeugten: »Ja, wir haben das gleiche getan.« Und sie wurden freigesprochen.

Und es kommt noch schlimmer. Zweifellos war die Öffnung der Deiche in Holland [durch die deutsche Wehrmacht] ein Kriegsverbrechen. Aber einige Jahre später bombardierte die US-Air Force in Nordkorea, nachdem sie das Land völlig zerstört hatte, auch noch die Dämme. Das ist ein gewaltiges Kriegsverbrechen, schlimmer als die Öffnung der Deiche in Holland. Und man war auch noch stolz darauf.

Die offizielle Geschichte der Air Force und die Zeitschrift *Air Force Quarterly* beschreiben das Vorgehen mit allen schrecklichen Einzelheiten – wie ganze Täler im Wasser versanken und die Menschen mit hilfloser Wut zusehen mußten. Aber es galt als große Errungenschaft. Für die Asiaten ist Reis lebenswichtig. Hier treffen wir sie, wo es ihnen wirklich wehtut. Das ist eine Art von rassistischem Fanatismus. Einige Jahre zuvor wurden Deutsche in Nürnberg für weniger gehängt.

Diese Bombardierung der Dämme in Nordkorea ist aus der Geschichte verdrängt worden. Niemand weiß etwas davon.

Um es herauszufinden, muß man schon über Spezialkenntnisse verfügen.⁴

Auch in Vietnam gab es viele Vorfälle ...

Ich erinnere mich an einen Artikel, über den ich damals etwas schrieb. Er war im *Christian Science Monitor* erschienen, einer führenden Zeitschrift, die zwar auch wegen ihrer Frömmigkeit bekannt ist, aber journalistisch sehr gut gemacht. Der Artikel stammte von einem ihrer Korrespondenten und war betitelt:

»Lastwagen oder Dämme?« Es ging um die Frage, ob wir in Vietnam lieber das eine oder das andere bombardieren sollten.

Der Tenor des Artikels lief darauf hinaus, daß es zwar befriedigender sei, Dämme zu zerstören, weil die Auswirkungen katastrophaler seien, die Leute Hunger leiden würden usw. Dennoch sei es taktisch besser, Lkws zu bombardieren, weil sie militärisches Material transportieren könnten, das amerikanischen Soldaten Schaden zufügen würde. Also sollten wir uns den Spaß schenken, Dämme zu sprengen und lieber Lastwagen angreifen. Interessanterweise war die Reaktion darauf absolut gleich null.

Ich möchte noch einen anderen Fall hinzufügen. Von allen Sachen, die ich geschrieben habe, hat ein Artikel den größten Zorn entfacht. Das war vor 35 Jahren, als ich in einem Kommentar meinte, in den USA stelle sich die Frage, was notwendig sei – Dissens oder Entnazifizierung. Junge, gab das einen Aufruhr! Es ging um folgendes:

In der *New York Times* hatte sich ein kleiner Artikel mit einem Vorfall in Chicago befaßt. Das dortige Museum of Science, eine altehrwürdige Institution, hatte in einer Ausstellung ein vietnamesisches Dorf aufgebaut, eine Art von Diorama, darum herum Gewehre, mit denen Kinder auf das Dorf schießen konnten. Ein Spiel also. Einige Frauen hatten sich vor dem Museum zu einer Protestkundgebung versammelt, weil sie diese Art von Spiel ablehnten. Die *New York Times* tadelte die Frauen, weil sie es wagten, diese wunderbare Unterhaltung für Kinder zu stören. Und dazu meinte ich, man frage sich manchmal, was nötig sei: Dissens oder Entnazifizierung. Das ist durchaus zutreffend, denke ich.

Was soll man denn sagen, wenn die führende Zeitung der Welt über Frauen herzieht, die gegen dieses herrliche Spiel protestieren, während in Vietnam tatsächlich Dörfer beschossen werden? Es wäre schon schlimm genug, wenn sich so etwas vor Hunderten von Jahren zugetragen hätte, aber es spielte sich direkt vor unseren Augen ab. Und wenn jemand zu protestieren wagt, wird er abqualifiziert.

Ein weiterer Fall hat direkt mit Japan zu tun. Mitte der sechziger Jahre veröffentlichte die Rand Corporation, ein riesiges Forschungsinstitut mit Verbindungen zum Verteidigungsministerium, eine Übersetzung japanischer Antiguerilla-Dokumente aus der Mandschurei und Nordchina. Ich las sie und verglich sie in einem Artikel mit entsprechenden US-Dokumenten aus Vietnam. Sie waren sich sehr ähnlich – die gleiche Selbstgerechtigkeit, die gleichen Begründungen, Vorgehensweisen usw.

Der Artikel weckte natürlich keine Begeisterung, aber ich kenne nur einen Fall, in dem explizit darauf Bezug genommen wurde. Das war in einem wissenschaftlichen Aufsatz über japanische Greuelthaten in der Mandschurei und Nordchina. In einer Anmerkung wurde erwähnt, es gebe da einen interessanten Artikel, der versuche, diese Greuelthaten zu rechtfertigen, nämlich meinen. Und wie sah die Rechtfertigung aus? Ich hatte lediglich das, was die Japaner im Zweiten Weltkrieg taten, mit dem verglichen, was die Amerikaner in Vietnam anrichteten. Und da alles, was die Amerikaner tun, gut und gerecht ist, stellte mein Vergleich eine Rechtfertigung der japanischen Verbrechen dar.

Der Autor war außerstande zu erkennen, daß möglicherweise das Gegenteil der Fall war, denn das würde ja bedeuten, daß auch wir bisweilen mal etwas falsch machen.

Seit vielen Jahren weisen Sie auf diese Diskrepanzen hin. Wie sind Sie eigentlich politisch aktiv geworden?

Das geht bis in meine Kindheit zurück. Ich weiß noch ganz genau, wann ich meinen ersten Artikel schrieb. Das war im Februar 1939, nach dem Fall von Barcelona [im Spanischen Bürgerkrieg]. Der Artikel drehte sich um die Ausbreitung des Faschismus in Europa. Ich war damals zehn Jahre alt und natürlich noch nicht politisch aktiv. Aber es ist seitdem immer mehr zu einem Teil meines Lebens geworden.

Ende der fünfziger Jahre gab es eine Ruheperiode, als das ganze Land ruhig war. Aber zu Beginn der sechziger Jahre fing eine neue heiße Phase an, und ich wurde wieder aktiv, wenn auch, wie ich sagen muß, mit Bedauern und einigen Befürchtungen, weil man solche Sachen nicht halb tun kann. Wenn man erst einmal damit anfängt, kann es einen verschlingen, und ich hatte damals viele andere Dinge, die ich

gern tat und nicht aufgeben wollte.

Aber Sie haben sich dann doch entschieden.

Irgendwie schon.

Oder fühlten Sie sich dazu verpflichtet?

Na ja, als der Vietnamkrieg begann, konnte man sich nicht mehr heraushalten.

Wie reagierte man in dieser Zeit auf Ihre Aktivitäten?

Zumeist mit völligem Unverständnis. De facto hatte der Vietnamkrieg für die Vereinigten Staaten schon 1950 begonnen, und von 1954 bis 1960 unterstützten sie in Südvietnam ein faschistisches Regime, dem sechzig- bis siebzigtausend Personen zum Opfer fielen. Aber es gab keine Proteste. Nichts.

Kennedy eskalierte den Krieg, und schon bald gab es die ersten direkten Angriffe, aber immer noch keine Proteste. Damals konnte man niemanden dazu bringen, eine Petition zu unterschreiben. Keiner wollte zu einer Versammlung kommen. Wir – ein paar Studenten und andere Interessierte – organisierten Meetings zum Vietnamkrieg. Aber wir mußten mindestens ein halbes Dutzend Themen auf die Liste setzen, also nicht nur Vietnam, sondern auch Venezuela, den Iran usw., und wenn wir Glück hatten, war die Zahl der Zuhörer größer als die der Organisatoren.

Erst 1965 oder 1966 wurde Vietnam zum allgemeinen Gesprächsstoff. Aber Proteste wurden immer noch mit unverhohlener Feindseligkeit betrachtet. Nehmen wir Boston,

hier in Massachusetts. Das ist eine ziemlich liberale Stadt, aber öffentliche Kundgebungen gegen den Krieg waren undenkbar. Sie wurden mit Gewalt aufgelöst. Nur eine Hundertschaft der Staatspolizei konnte die Redner davor bewahren, umgebracht zu werden. Und die liberalen Medien lobten die Angriffe auf die Demonstranten.

Sogar in Kirchen wurden unsere Versammlungen gewaltsam gestört, z. B. in der Arlington Street Church mitten in Boston. Auch hier mußte uns die Polizei schützen, sonst wären unsere Gegner eingedrungen und hätten uns gelyncht. Die Kirche wurde beschmiert, und niemand fand etwas dabei. Es war in Ordnung, das zu tun.

Ich weiß noch, wie meine Frau mit unseren beiden Töchtern, die damals noch klein waren, zu einer Protestveranstaltung von Frauen ging. Eine ganz harmlose Sache, niemand warf mit Steinen. Die Leute machten einen Protestmarsch mit den Kindern, und zwar in Concord, einem ruhigen Vorort, wo die obere Mittelschicht wohnt. Sie wurden angegriffen; die Leute warfen mit Dosen und Tomaten und dergleichen. Auch das war in Ordnung.

Erst Ende 1966, fünf Jahre nach Kriegsbeginn, veränderte sich die Haltung allmählich. Die öffentliche Opposition wurde größer. Aber mittlerweile wüteten schon Hunderttausende amerikanischer Soldaten in Südvietnam, und der Krieg wurde auf ganz Indochina ausgedehnt. Und bis heute weiß niemand, wieviele Menschen starben, weil keiner die Opfer gezählt hat.

Bezeichnend ist vor allem, daß wir immer noch nicht wissen, welchen Preis die Vietnamesen für den Krieg zahlen mußten. Was die USA angeht, so wissen wir ganz genau Bescheid und suchen weiterhin nach den sterblichen Überresten von US-Piloten. Doch ist unbekannt, wie viele Vietnamesen gestorben sind oder heute noch an den Kriegsfolgen sterben. Die Schätzungen differieren um Millionen. Aber wenn man andere Völker abschlachtet, interessiert einen so etwas nicht.

Vor einigen Wochen gab es einen Aufmacher in den US-Zeitungen. Wissenschaftler hatten herausgefunden, daß man »dreckige Bomben« bauen kann – Bomben, die viel Strahlung abgeben, aber keine große Explosivwirkung haben. Wenn man die irgendwo in New York versteckt, würde es, so haben sie berechnet, nicht viele Tote, aber viele Erkrankungen geben, was zu einer Massenpanik führen könnte. Eine schreckliche Geschichte, gerade richtig für die Titelseite.

Am selben Tag fand in Hanoi eine Konferenz statt, an der auch führende US-Wissenschaftler teilnahmen, die über Dioxin geforscht hatten, den Hauptbestandteil des Entlaubungsgifts Agent Orange. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Auswirkungen der chemischen Kriegführung auf Südvietnam; dem Norden war das zum Glück erspart geblieben. Ein Wissenschaftler hatte in verschiedenen Gebieten des Südens den Dioxingehalt gemessen.

Viele Vietnamesen, die dem Gift direkt ausgesetzt gewesen waren, wiesen Werte auf, die hundertmal so hoch waren, wie in den USA zulässig ist. Und oftmals handelt es sich um junge Menschen, um Kinder. Die Auswirkungen können beträchtlich sein, vielleicht gibt es Hunderttausende von Opfern. Das wiederum wurde in den US-Zeitungen kaum erwähnt.

Ich bat einen Freund, per Computer Daten zu recherchieren. Er fand einige Artikel hier oder dort, mehr nicht. Doch es war unsere Kriegführung, mit chemischen Waffen und zahllosen Opfern. Dagegen steht ein Bericht, daß ein paar Bomben in New York *möglicherweise* ein paar Tote zur Folge haben *könnten*, auf der Titelseite.

Das ist der Unterschied, der uns sagt, welche Opfer wichtig sind und welche nicht.

Wie erklären Sie das? Journalisten halten sich doch kritische Berichterstattung im Interesse der Bevölkerung zugute, wollen

im Dreck wühlen, um zu zeigen, wie die Dinge wirklich sind. Und doch bleiben solche Fakten unerwähnt. Warum?

Zum Teil haben sie einfach bestimmte Werte verinnerlicht. Also, daß es egal ist, was wir anderen Leuten antun. Das gilt nicht nur für die Journalisten, sondern auch für Akademiker und die Intellektuellen allgemein.

Wenn man eine Umfrage bei US-Intellektuellen machte, würde man herausfinden, daß sie in ihrer überwältigenden Mehrheit den Bombenkrieg in Afghanistan befürworten. Aber wie viele von ihnen meinen, daß man wegen des Kriegs gegen – Nicaragua Washington hätte bombardieren sollen? Wenn jemand so etwas vorschläge, würde man ihn für geisteskrank halten. Aber warum? Ich meine, wenn der eine recht hat, warum hat der andere unrecht?

Wenn man versucht, mit jemandem über diese Frage zu diskutieren, versteht er die Frage gar nicht. Er versteht nicht, daß wir die Maßstäbe, die wir an andere anlegen, auch auf uns selbst anwenden sollten. Es bleibt ihm unbegreiflich, obwohl es kein grundlegendes Moralprinzip gibt. Man muß dazu nur George W. Bushs Lieblingsphilosophen lesen. In den Evangelien findet sich eine berühmte Definition des Heuchlers: Ein Heuchler ist jemand, dessen Maßstäbe nur für andere gelten, nicht aber für ihn selbst.

Daran gemessen ist nahezu die gesamte Diskussion über den sogenannten Krieg gegen den Terror reine Heuchelei. Aber das verstehen sie nicht.

Und diejenigen, die darauf drängen, eine andere Perspektive einzunehmen, bekommen Schwierigkeiten.

Nicht nur das. Wer eine andere Perspektive einnimmt, gilt als

Parteiläufer Usama bin Ladins. Die Reaktionen sind hysterisch und irrational. Aber das ist so ungewöhnlich nicht. Wenn man in den dreißiger oder vierziger Jahren unter japanischen Intellektuellen eine Umfrage gemacht hätte, wären die meisten wahrscheinlich auch für den Krieg gewesen. Das war in Deutschland so und in Frankreich und anderswo. So häßlich es ist, das sind die Maßstäbe.

Wenn ich hier, in den Vereinigten Staaten, die Kommentare über den bevorstehenden Irak-Krieg lese, kommt es mir vor, als sei schon alles fix und fertig geplant.

Es ist ein technisches Problem. Wieviel wird der Krieg kosten? Wird es Schwierigkeiten geben?

Nehmen wir Afghanistan. Dort kann man keine Umfragen durchführen, aber die Afghanen haben ihre Meinung geäußert.

Da gibt es z. B. die größte Frauenorganisation des Landes, das Revolutionäre Bündnis der Frauen Afghanistans. Es genießt großes Ansehen, denn es kämpft seit Jahren mutig für Frauenrechte. Es hat eine Webseite, auf der die Frauen klar und deutlich ihre Meinung äußern. Sie waren strikt gegen die Bombardierung.

Ende Oktober 2001 hatten die USA in Pakistan ein Treffen von eintausend afghanischen Stammesführern organisiert. Die waren über vielerlei unterschiedlicher Meinung, nicht aber in ihrer Ablehnung des Bombenkriegs. Sie wollten die Taliban von innen her stürzen und hielten einen Erfolg für durchaus möglich.

Dieser Ansicht war auch der populäre afghanische Dissident Abdul Haq, der in Pakistan lebte und das Vertrauen der USA genoß. Er wurde vom Carnegie Endowment for International Peace, einer nicht ganz unbekanntem Organisation, interviewt. Das Gespräch wurde in den USA nicht veröffentlicht, wohl aber in Europa. Zu der Zeit verurteilte Haq die Bombenangriffe.

Auch er war der Ansicht, der Krieg schade den Bemühungen, die Taliban zu stürzen. Die Amerikaner führten den Krieg nur, fügte er hinzu, um ihre Muskeln spielen zu lassen. Es interessiere sie nicht, was mit Afghanistan oder den Afghanen geschehe, ebensowenig, wie es sie in den achtziger Jahre interessierte.

So ist die Meinung in Afghanistan. Hat sie Beachtung gefunden? Kaum. Wen kümmert's, was die Afghanen denken? Wir tun, was wir wollen.

Gilt das nicht auch für den Konflikt zwischen Palästina und Israel? Palästina ist seit 35 Jahren besetzt, ohne daß hier irgend jemand überhaupt merkt, daß es sich um eine Besetzung handelt.

Es ist sogar eine ziemlich brutale Besetzung, wie alle militärischen Besetzungen. Und diese ist besonders hart, weil sie die Absicht verfolgt, die Bevölkerung zu demoralisieren und, wenn möglich, zu vertreiben. Das ging nur mit US-amerikanischer Unterstützung, und die Vereinigten Staaten sind seit dreißig Jahren damit beschäftigt, eine diplomatische Regelung zu verhindern. Und natürlich gewähren sie Israel Militär- und Wirtschaftshilfe.

Wenn sich israelische Siedlungen auf palästinensischem Territorium ausbreiten, um die ersehnten Gebiete dem eigenen Land anzugliedern, geht das auf Kosten des US-Steuerzahlers. Wenn, wie geschätzt wird, fünfzigtausend Menschen gefoltert werden, geht das auf Kosten des US-Steuerzahlers. Als Israel in den Libanon einmarschierte und zwanzigtausend Personen tötete, stellten die USA dafür nicht nur die Mittel zur Verfügung, sondern legten auch ihr Veto gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats ein, die den Rückzug Israels forderten usw. Das alles spielte keine Rolle. Israel war immer nur Opfer,

nicht Urheber von Greueln.

Jetzt geht es um die Selbstmordattentate, die letztes Jahr in großem Umfang begannen. Natürlich sind das schreckliche Verbrechen. Ein Jahr lang palästinensische Verbrechen nach vierunddreißig Jahren Ruhe. Israel war gegen Angriffe nahezu immun gewesen. Zwar gab es Terrorattacken, aber nicht aus den besetzten Gebieten heraus. Dort herrschte bemerkenswerte Passivität, und das entsprach den Erwartungen. Die Europäer waren auch zufrieden, wenn es in den Kolonien ruhig blieb. Sobald sich das ändert, wird von Greueln gesprochen.

Die Vereinigten Staaten eskalieren die Gewaltbereitschaft noch. Im Dezember 2001 wollte der UN-Sicherheitsrat eine von der EU eingebrachte Resolution verabschieden, die die Entsendung internationaler Beobachter forderte. Deren Präsenz sollte zur Beruhigung der Lage beitragen. Die USA legten ihr Veto ein.

Eine Woche zuvor hatte es in Genf ein wichtiges Treffen der Signatarstaaten der Vierten Genfer Konvention gegeben. Es waren, glaube ich, 114 Länder vertreten, darunter die gesamte EU, sogar Großbritannien. Und sie bestätigten, was immer wieder, sogar mit Zustimmung der USA, gesagt worden ist: Die Vierte Konvention gilt auch für die besetzten Gebiete.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß damit – und das stimmt – fast alles, was Israel und die USA in den besetzten Gebieten tun, illegal, ja, de facto ein Kriegsverbrechen ist. Viele Teilnehmerstaaten sprachen von »schweren Verstößen« gegen die Konvention, mithin von schwerwiegenden Kriegsverbrechen. Daraus folgt, daß man die politische Führung Israels und der Vereinigten Staaten vor Gericht stellen sollte. Die USA sind als Signatarstaat sogar verpflichtet, Personen strafrechtlich zu verfolgen, die auf schwerwiegende Weise gegen die Genfer Konventionen verstoßen, und das betrifft auch die eigene politische Führung.

Die Vereinigten Staaten nahmen an dem Treffen nicht teil, und damit war es politisch so gut wie tot. Hierzulande gab es darüber kaum Berichte. Dadurch wurde weiteren Greuelthaten Vorschub geleistet und schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen, Verstöße, für die es in Tokio und Nürnberg Todesurteile gab, wurden legitimiert. Und es ist kein Ende abzusehen, weil die Vereinigten Staaten unilateral jegliche Friedensregelung blockieren.

Jetzt wird viel von dem Friedensplan Saudi-Arabiens gesprochen. Natürlich akzeptieren die USA ihn nicht, aber er ist ein »wunderbarer Fortschritt«. Etwas Vergleichbares war schon 1976 dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt worden. Die Vereinigten Staaten legten ihr Veto ein. Alle wichtigen Staaten, auch die bedeutenden arabischen und die PLO unterstützten ihn.

In der akademischen Welt ist das alles weitgehend unbekannt. Es gibt vielleicht zehn Leute, die davon Kenntnis haben. Angeblich sind die USA dabei, den »Friedensprozeß« voranzutreiben. Definitionsgemäß ist das, was Washington betreibt, ein »Friedensprozeß«. Seit dreißig Jahren besteht er darin, den Frieden zu verhindern. Weiß man das hierzulande? Nein. Wenn ich vor einem akademischen Publikum darüber spreche, weiß niemand, wovon überhaupt die Rede ist. Wieso verhindern die Vereinigten Staaten den Frieden?

Warum stimmen Israel und die USA bei UN-Resolutionen so oft gegen den Rest der Welt?

Normalerweise stimmt die USA allein dagegen, weil Israel kein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ist. Im übrigen legen die USA auch bei Themen ihr Veto ein, die nichts mit dem Nahen Osten zu tun haben. Im Westen ist die Auffassung verbreitet, daß bis zum Zusammenbruch des Kommunismus vor allem die Sowjets die Arbeit des Sicherheitsrats blockierten. In diesem

Tenor schrieb die *New York Times*, daß die Vereinten Nationen nun endlich funktionieren könnten, weil [nach der Auflösung des sozialistischen Blocks] das sowjetische Veto entfiel.

Ein Blick auf die Veto-Statistik ist sehr erhellend, vor allem, weil es hier um schlichte Tatsachen geht, die nicht bestritten werden können. Die Sowjets haben tatsächlich Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre sehr häufig mit Nein gestimmt. Der Grund lag auf der Hand: Die Vereinigten Staaten waren so mächtig, daß sie die UNO zum Instrument ihrer eigenen Außenpolitik machen konnten.

In den fünfziger Jahren veränderte sich die Situation. Durch die beginnende Entkolonialisierung wurde die UNO allmählich zum Spiegel der sich wandelnden Kräfteverhältnisse in der Welt. Zudem erholten sich die anderen Industrienationen. In den sechziger Jahren hatten die USA die Kontrolle über die UNO verloren. Von da an bis heute liegen die USA mit großem Vorsprung an der Spitze der Neinsager. Danach folgt Großbritannien, dann, mit einigem Abstand, Frankreich. Rußland liegt an vierter Stelle. Wahr ist also genau das Gegenteil der landläufigen Auffassung. Und das betrifft, wie gesagt, nicht nur die Nahostproblematik.

Auch hier ist der Grund augenfällig: Der mächtigste Staat der Welt wird keine internationale Autorität akzeptieren. Das würde auch kein anderer Staat tun, wenn er dazu in der Lage wäre, selbst Andorra nicht. Aber in der wirklichen Welt können nur die Mächtigen tun, was ihnen beliebt.

Die Vereinigten Staaten scheinen den Standpunkt Europas zu ignorieren.

Das ist schon immer so gewesen.

Und jetzt noch mehr als vorher?

Washington ignoriert auch die Meinung der eigenen Bevölkerung. Nehmen wir noch einmal das Beispiel Nahost. Eine beträchtliche Mehrheit der US-Bürger unterstützt den Plan Saudi-Arabiens. Die Regierung ist dagegen. Wenn man den Leuten sagt, daß ihre eigene Regierung das blockiert, was sie unterstützen, wissen sie gar nicht, wovon die Rede ist, weil keiner davon Kenntnis hat. Um so etwas in Erfahrung zu bringen, braucht man ein Forschungsprojekt.

Und auch das, die Ignoranz gegenüber der Meinung der eigenen Bevölkerung, ist schon immer so gewesen und gilt ebenfalls nicht nur für die Vereinigten Staaten. Jeder Staat, der es sich leisten kann, gibt auf die Meinung der Leute keinen Pfifferling.

Wird sich das jemals ändern?

Es hat sich schon geändert. Vor dreißig oder vierzig Jahren war es viel schlimmer. Heutzutage muß die US-Regierung bei Waffenlieferungen und ähnlichen Dingen Rücksicht auf vom Kongreß gesetzlich verfügte menschenrechtliche Erwägungen nehmen. Meistens findet sie eine Möglichkeit, das zu umgehen, aber die Beschränkungen sind vorhanden. Auch das ist ein Ergebnis der Auseinandersetzungen in den sechziger Jahren.

In der Bevölkerung ist das Bürgerrechtsbewußtsein heute sehr viel stärker ausgeprägt als vor vierzig Jahren, und diese Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen. Der staatlichen Gewaltanwendung sind Grenzen gesetzt worden. Und es gibt auch gar keine andere Möglichkeit. Bei derart mächtigen Staaten, seien es nun die USA oder ein anderes Land, können Beschränkungen der Gewalt nicht von außen, sondern nur von innen her bewirkt werden.

In Palo Alto haben Sie über die Militarisierung des Weltraums gesprochen und auf die Diskrepanz zwischen dem mächtigsten Land der Welt und den anderen Ländern hingewiesen. Und der Abstand wird immer größer. Wird das von grundlegendem Einfluß auf die weitere Entwicklung sein?

Das ist bereits der Fall. Die gegenwärtige politische Führungsmannschaft der USA ist in dieser Hinsicht sicherlich extrem. Aber sie hat sich auf die Anwendung von Gewalt festgelegt, wenn es um die Kontrolle der Welt geht, und sie sagt das auch ganz offen.

Als vor einigen Wochen der saudische Prinz Abdallah in Washington war, wollte er führende Politiker dazu bewegen, ihre Unterstützung der israelischen Gewalt einzuschränken. Er wies darauf hin, daß es in der arabischen Welt zu Unruhen kommen könnte, die sich auf die US-amerikanischen Interessen, wie etwa das Erdöl, nachteilig auswirken würden. Die Reaktion war interessant: Er stieß auf taube Ohren.

Vielmehr sagte man ihm – das ist in der *New York Times* nachzulesen –, er solle daran denken, was wir mit dem Irak, Stichwort »Desert Storm« [1990], gemacht haben. Jetzt sind wir zehnmal so stark. Wie stark, das demonstrieren wir gerade in Afghanistan. Damit zeigen wir euch, was passieren kann, wenn ihr aufmüpfig werdet. Wenn ihr nicht tut, was wir sagen, werdet ihr zu Staub zermahlen. Uns kümmert nicht, was ihr denkt oder sagt.

Das ist die Haltung, und sie bestimmt das Handeln der Regierung von Bush jr. Für die Welt ist das nicht gut und auch nicht für die Bevölkerung hierzulande.

Immerhin scheinen wir uns einen Krieg, der sich so lange hinzieht wie damals in Vietnam, nicht mehr leisten zu können.

Er würde in der Öffentlichkeit keine Unterstützung mehr finden.

Andererseits gibt die Dämonisierung von Leuten wie Saddam Hussein oder den Taliban der Regierung freie Hand.

Diese Dämonisierung ist das Werk der intellektuellen Schichten. Nehmen wir Saddam Hussein. Immer wenn Blair oder Bush oder Clinton oder Madeleine Albright oder wer auch immer einen Krieg gegen den Irak fordert, heißt es, Saddam sei das schlimmste Monster, das die Geschichte je gekannt habe. Wir müssen ihn beseitigen. Er hat sogar *das* Verbrechen schlechthin begangen und Giftgas »gegen sein eigenes Volk« eingesetzt. Das kann man doch nicht zulassen!

Das ist alles richtig, aber ein paar Wörtchen fehlen. Sicher hat er Gas gegen die Kurden eingesetzt (die allerdings nicht wirklich zu »seinem eigenen Volk« gehören), jedoch *mit unserer Unterstützung*. Mit unserer Unterstützung hat er die Operation Anfal durchgeführt, bei der schätzungsweise 100000 Kurden starben. Zu einer Zeit, als er noch wirklich gefährlich war, hat er Massenvernichtungswaffen eingesetzt, und wir haben ihm dabei Hilfestellung geleistet, und wir wußten, was wir taten. Er war damals unser Freund und Verbündeter und blieb es eine ganze Zeit lang.

Versuchen Sie mal, einen Kommentator zu finden, der diese Worte seinen Ausführungen hinzugefügt hätte. Saddam ist ein Monster, aber aufgrund unserer Unterstützung, weil es uns egal war. Kaum einer hat so etwas zu äußern gewagt. Wir können also Hussein dämonisieren, müssen aber verschweigen, daß er seine schlimmsten Verbrechen mit amerikanischer und britischer Hilfe verübt hat. Das ist allerdings eine sehr aparte Dämonisierung.

Am ehesten findet man noch das Eingeständnis, daß wir seinen

Untaten zu wenig Beachtung geschenkt hätten. Aber auch das ist nicht wahr. Wir haben uns gar nicht darum gekümmert. Die Regierung hat sich nicht darum geschert. Saddam erwies uns wertvolle Dienste, mochte er auch noch so schrecklich sein. Tatsächlich war der Irak das einzige Land neben Israel, das ungestraft ein amerikanisches Militärschiff angreifen durfte. Das war 1988. Der Vorfall mit Israel hatte sich 1967 ereignet.

Irakische Raketen hatten im Golf einen US-Zerstörer getroffen. Bei dem Angriff kamen 35 oder 37 Marines ums Leben. Darüber sahen wir hinweg. Hussein ist unser Mann, es war nur ein Versehen. Kaum ein anderer Staat wäre so glimpflich davongekommen. Das zeigt, wie weit oben Saddam auf der Liste unserer Freunde rangierte, trotz seiner fürchterlichen Verbrechen.

Wenn man an solche Bündnisse denkt, fällt einem Japans Verwicklung in das indonesische Vorgehen auf Ost-Timor ein. Japan hat Indonesien umfangreiche Entwicklungshilfe gewährt.

Mehr als das. Wie hilfreich Japan war, habe ich einmal selbst erfahren. Ich habe noch nie darüber gesprochen, aber wenn Sie es wissen wollen: 1978 war ich von der UN zu einer Anhörung über Ost-Timor eingeladen worden. Kirchliche und andere Gruppen hatten ihren Einfluß geltend gemacht, um kritischen Stimmen Gehör zu verschaffen.

Ich saß den ganzen Tag im UN-Gebäude und wartete darauf, als Zeuge gehört zu werden. Aber im Hintergrund gab es bürokratischen Hickhack, um meine Aussage zu verhindern. Zuerst dachte ich, das Störfeuer käme von den Vereinigten Staaten, tatsächlich aber war Japan der Drahtzieher. Japan wollte Indonesien davor bewahren, daß die Invasion in Ost-Timor zur Sprache kam. Damals hatten die Greuelthaten gerade ihren Höhepunkt erreicht.

Aber nicht nur die Japaner müssen sich Vorwürfe gefallen lassen; die ganze Welt stand abseits. Heute ist das alles vergessen. Doch seinerzeit waren die USA der hauptsächliche Lieferant von Waffen für Indonesien. Großbritannien stieß 1978 dazu. Das war unter der Labour-Regierung, nicht unter Thatcher. Zu der Zeit waren bereits 200000 Ost-Timorese umgebracht worden. Für Großbritannien eine gute Gelegenheit, ins Waffengeschäft einzusteigen. Die Briten blieben bis 1999 Spitzenreiter. Frankreich schloß sich an, gefolgt von Schweden und Holland. Alle wollten die Chance nutzen, an der Ermordung der Timorese zu verdienen oder sich Privilegien zu verschaffen. Mittlerweile begrüßen alle die neue Nation, die durch unsere Großzügigkeit aus der Taufe gehoben wurde. Der Rest ist vergessen. Nicht Geschichte, sondern vergessen.

Eine oft gestellte Frage lautet, ob es zwischen Ihren linguistischen Forschungen und der politischen Arbeit eine Verbindung gibt.

Jedenfalls keine direkte. Auch wenn mein Fachgebiet die algebraische Topologie wäre, würde ich politisch das tun, was ich jetzt tue. Vielleicht gibt es eine versteckte Verbindung. Die Leute interessieren sich aus allerlei unterschiedlichen Gründen für Linguistik, während ich von Anbeginn darin die Möglichkeit gesehen habe, bestimmte Aspekte der höheren geistigen Fähigkeiten des Menschen und schließlich der menschlichen Natur zu erforschen, Aspekte, die in allen Bereichen zutage treten sollten. Die Sprache ist eines der wenigen Gebiete, auf denen sich sehr zentrale und einzigartige menschliche Fähigkeiten sehr intensiv untersuchen lassen, und man gelangt dabei zu Ergebnissen, die über ein nur oberflächliches Verständnis hinausgehen. Auf den meisten anderen Gebieten ist das sehr schwierig, nicht aber in der Sprache. Seit Jahrhunderten ist bekannt, daß der Sprachfähigkeit etwas zugrundeliegt, was

man bisweilen einen schöpferischen Aspekt genannt hat, das freie Vermögen, das zu tun, wozu Sie und ich imstande sind – unseren Gedanken unbegrenzt Ausdruck zu verleihen, mit gewissen Einschränkungen, aber unbegrenzt, auf neue Art und Weise usw. Diese Fähigkeit ist offenbar ein grundlegender Bestandteil der menschlichen Natur. Diese Annahme bildet das Kernstück z. B. der Philosophie von Descartes. Und wir können etwas über die Fähigkeit erfahren, zwar nicht über sie selbst, das entzieht sich der Forschung, aber zumindest über die Mechanismen, die damit vermach sind.

Ähnliche Fragen lassen sich im Hinblick auf jeden Aspekt der menschlichen Fähigkeiten stellen, und auch das hat Tradition. Vor 250 Jahren wies David Hume darauf hin, daß die Grundlagen der Moral in einer, wie wir heute sagen würden, generativen Grammatik zu finden sein müssen. Er nannte es natürlich anders, aber er ging davon aus, daß es eine geordnete Reihe von Prinzipien geben muß, die wir auf neue Situationen anwenden können – ebenfalls unbegrenzt. Und er meinte, daß diese Prinzipien Teil unserer Natur sein müssen, weil wir sie nicht aus der Erfahrung gewinnen können. Daraus folgt (was bei Hume ungesagt bleibt), daß sie einheitlich sein müssen. Er hätte diesen Schluß auch gar nicht ziehen können, weil man damals die Menschen nicht als einheitlich begriff, aber heute wissen wir, daß sie nahezu austauschbar sind. Unsere Gattung weist nur geringfügigste genetische Variationen auf. Vielleicht sind wir alle vor nicht allzu langer Zeit aus einer einzigen kleinen Gruppe von Vorfahren hervorgegangen, so daß wir uns im wesentlichen nicht voneinander unterscheiden, und das würde bedeuten, daß auch die Prinzipien einheitlich sind.

Theoretisch kann man auch etwas über diese Aspekte der menschlichen Natur erfahren, wenn man sich auf das Gebiet der zwischenmenschlichen Beziehungen begibt und politische oder persönliche Verhältnisse betrachtet. Man kann ja zu bestimmten Dingen eine bestimmte Haltung einnehmen – vielleicht möchte

man alles so lassen, wie es ist, oder man plädiert für Reformen oder eine Revolution oder was auch immer. Wenn man es damit ernst meint und als eine Art moralischer Person handelt und der Ansicht ist, das eigene Handeln sollte bestimmten moralischen Kriterien Genüge tun, dann nimmt man diese Haltung ein, weil man glaubt, das sei gut für die Menschen. Es weckt und verstärkt in ihnen die Möglichkeit, ihrem Wesen Ausdruck zu verleihen.

An diesem Punkt also gibt es eine theoretische Verbindung, die jedoch sehr abstrakt ist, weil Menschen höchst komplexe Gegebenheiten sind, die man bestenfalls oberflächlich erfaßt. Tatsächlich können wir solche Fragen noch nicht einmal beantworten, wenn es um Insekten geht. Es wird noch lange dauern, bis wir ein wissenschaftliches Verständnis dieser Zusammenhänge erlangt haben, wenn es uns überhaupt je gelingt. Es gibt also eine Art geistiger Verbindung, aber keine deduktive.

Aber in gewissem Sinne ist Ihre Berufung auf Prinzipien in moralischen und politischen Dingen ...

Es ist vergleichbar. Eine Art von Familienähnlichkeit. Aber wir wissen viel zu wenig, um wirklich enge Verbindungen herstellen zu können.

II. US-WAFFEN, MENSCHENRECHTE UND INTERNATIONALER TERROR⁵

Ich möchte mit Ihnen erörtern, welche Rolle die Vereinigten Staaten in der Welt spielen – wie sie heute beschaffen ist und wie sie morgen aussehen könnte. Daß ich mich dabei auf die USA beschränke, bedarf keiner expliziten Begründung, aber zwei Faktoren will ich trotzdem erwähnen.

Zum einen sind die USA, nicht nur in militärischer Hinsicht, die wichtigste Macht der Welt. Sie üben entschiedenen Einfluß auf alles aus, was gegenwärtig geschieht.

Zum anderen geht es um uns, die wir hier leben. Wir genießen in den Vereinigten Staaten ein außergewöhnliches Maß an Freiheit und, jedenfalls in der Mehrzahl, Privilegien. Somit tragen wir eine hohe Verantwortung für unser Handeln und unsere Einflußnahme auf die Politik. Indes sollte uns diese Verantwortung auch dann am Herzen liegen, wenn die USA weniger mächtig wären.

Ich bitte um Nachsicht dafür, daß ich diese Binsenweisheiten überhaupt erwähne. Allerdings habe ich die Erfahrung gemacht, daß man auf höchst interessante Reaktionen stößt, wenn man den Weg, den diese elementaren politischen und moralischen Grundsätze weisen, weiter verfolgt. Das gehört nicht zum Thema des Vortrags, es ist aber nützlich, darüber nachzudenken.

Eine Möglichkeit von vielen, die Rolle der USA in der Welt zu definieren, besteht darin, sich die Entwicklungshilfe, insbesondere die Militärhilfe, näher anzusehen. Das ist kein sehr attraktives Thema, weil von allen Industrienationen die USA am wenigsten Entwicklungshilfe leisten. Und wenn wir noch

berücksichtigen, was davon an das reiche Israel und das nicht ganz arme Ägypten geht, bleibt als Rest so gut wie nichts. Aber auch die Gesamtleistungen sind marginal und überdies im Abnehmen begriffen.

Nichtsdestotrotz wird Entwicklungshilfe gewährt, wobei die Militärhilfe einen beträchtlichen Umfang hat. Es lohnt sich, diese Leistungen näher zu betrachten, weil sie ein guter Indikator für das weltweite politische Handeln der USA sind. Wohl nicht zuletzt deshalb ist die Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und Außenpolitik Gegenstand einiger wissenschaftlicher Werke geworden.

Eine recht bekannte Untersuchung stammt von dem Lateinamerika-Spezialisten Lars Schoultz (University of North Carolina), der sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Menschenrechten und Entwicklungshilfe befaßt. In einem vor zwanzig Jahren erschienenen Artikel wies er darauf hin, daß es in Lateinamerika eine sehr enge Verbindung zwischen Entwicklungshilfe und Menschenrechtsverletzungen gibt: »Die US-Entwicklungshilfe fließt in disproportional hohem Maße an lateinamerikanische Regierungen, die ihre Bürger foltern lassen ... an diejenigen, die in notorischer Weise grundlegende Menschenrechte verletzen.«

Zur gleichen Zeit untersuchte auch Edward Herman, Wirtschaftswissenschaftler an der Wharton School (University of Pennsylvania), den Zusammenhang zwischen Folter und US-amerikanischer Entwicklungshilfe und kam zu dem Ergebnis, daß zwischen beiden Faktoren weltweit eine unangenehm hohe Korrelation besteht. Analysen von Amnesty International bestätigen diese Folgerung.

Allerdings sagen statistische Korrelationen noch nichts über kausale Zusammenhänge. Da Herman es für unwahrscheinlich hielt, daß US-Regierungen ein besonderes Interesse an Folter haben, studierte er in einer weiteren, sehr viel bedeutsameren Untersuchung die Beziehungen zwischen Entwicklungshilfe und

anderen Faktoren. Hierbei erwies sich, daß eine der eindeutigsten Korrelationen zwischen US-amerikanischer Entwicklungshilfe und der Verbesserung des Investitionsklimas bestand. Die Hilfe wächst in dem Maße, in dem ein Land die wirtschaftlichen Möglichkeiten für ausländische Investoren verbessert.

Das nun ist eine ganz natürliche und verständliche Korrelation, die dem entspricht, was von der US-Außenpolitik erwartet wird. Insofern kann der von Herman nachgewiesene Zusammenhang nicht überraschen.

Wie aber verbessert man in einem Land der Dritten Welt das Investitionsklima? Eine höchst geeignete Methode besteht darin, Gewerkschafts- und Bauernführer zu ermorden, Priester zu foltern, die Landbevölkerung zu massakrieren, Sozialprogramme zu annullieren usw. Genau daraus resultiert dann die von Lars Schoultz nachgewiesene Beziehung zwischen Entwicklungshilfe und Folter.

Der Zusammenhang besteht also nicht darin, daß die USA eine besondere Vorliebe für Menschenrechtsverletzungen hätten; vielmehr ergeben sich diese natürlicherweise aus spezifischen Wirtschaftsinteressen und ihrer Durchsetzung.

Das war, wie gesagt, vor zwanzig Jahren, gerade als, wie Sie sich erinnern, die Regierung Reagan die Amtsgeschäfte übernahm. Sie verkündete gleich darauf laut und deutlich, daß die US-Außenpolitik sich auf einen »Krieg gegen den Terror« einlassen werde. Dabei galt ihr Hauptaugenmerk dem, was Außenminister George Shultz die »böse Geißel des Terrorismus« nannte, die von »verkommenen Gegnern der Zivilisation« geschwungen werde und einen »Rückfall in die Barbarei« darstelle.

Shultz, der innerhalb der Regierung Reagan als gemäßigt galt, fügte hinzu, man müsse dem Terrorismus mit gewaltsamen Mitteln entgegentreten, nicht mit einem utopischen Legalismus,

der auf Vermittlungen und Verhandlungen setze, weil das nur ein Zeichen von Schwäche sei. Die Regierung selbst erklärte, man werde den Kampf auf jene zwei Gebiete konzentrieren, wo das Verbrechen am schlimmsten wüte: auf Mittelamerika und den Nahen Osten.

Welche Resultate zeitigte der »Krieg gegen den Terror«? Was geschah in Mittelamerika und im Nahen Osten? Denken wir daran, daß es weiterhin um den Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und anderen politischen Faktoren geht. Dabei sollte ich noch erwähnen, daß die von Lars Schoultz nachgewiesene Korrelation vor allen Dingen für den Bereich der Militärhilfe gültig war. Diese Hilfe war, wie er zeigte, von konkreten Bedürfnissen unabhängig. Sie wurde, ungeachtet aller Menschenrechtsrhetorik, auch von der Regierung Carter bis 1980 und darüber hinaus gewährt.

Wie verlief der »Krieg gegen den Terror«? Mittelamerika wurde in einen Friedhof verwandelt. An die 200000 Menschen fielen der Gewalt zum Opfer, Millionen wurden zu Flüchtlingen, es wurde gefoltert und gemordet.

Ein Land – Nicaragua – mußten die USA allerdings zum Angriffsziel machen, weil hier die Armee, im Gegensatz zu anderen Ländern, nicht bereit war, den Terrorkrieg gegen die Bevölkerung zu führen. Der Angriff hatte tiefgreifende Folgen: Zehntausende wurden getötet und das Land praktisch ruiniert. Nicaragua ist jetzt der zweitärmste Staat in der Hemisphäre und wird sich vielleicht nie wieder erholen.

Weil es sich aber in diesem Fall um einen *Staat* handelte, den die USA angriffen, und nicht, wie in El Salvador, Honduras und Guatemala, um die *Bevölkerung* eines Staats, konnte Nicaragua sich zur Verteidigung der Mittel bedienen, die souveränen, gesetzestreuen Staaten offenstehen, wenn sie sich gegen Übergriffe des internationalen Terrorismus zur Wehr setzen wollen. Nicaragua wandte sich zunächst an den Internationalen Gerichtshof, der die Vereinigten Staaten wegen

»unrechtmäßiger Anwendung von Gewalt« und der Verletzung von Verträgen verurteilte und die Regierung aufforderte, die Übergriffe zu beenden und umfangreiche Reparationen zu zahlen.

Daraufhin eskalierten die USA (mit Unterstützung beider im Kongreß vertretenen Parteien) den Krieg und forderten nunmehr offiziell dazu auf, »weiche Ziele« wie Krankenhäuser, landwirtschaftliche Kooperativen usw. anzugreifen. 1990 schließlich stimmte die Bevölkerung bei Wahlen für den von den USA bevorzugten Kandidaten, und der Terror hatte ein Ende.

Zuvor jedoch war Nicaragua, nachdem die USA das Urteil des Internationalen Gerichtshofs ignoriert hatten, vor den UN-Sicherheitsrat gegangen. Der hätte die Vereinigten Staaten verurteilt, aber Washington legte natürlich sein Veto gegen eine Resolution ein, die alle Staaten aufforderte, das internationale Recht zu respektieren. Mithin ist der gegenwärtige Anführer des »Kriegs gegen den Terror« der einzige Staat in der Welt, der vom Internationalen Gerichtshof wegen internationalen Terrorismus verurteilt wurde und gegen eine entsprechende Resolution im Sicherheitsrat gestimmt hat, was für die augenblickliche Situation vielleicht nicht ganz ohne Bedeutung ist. Die von mir erwähnten Tatsachen der ersten Phase des »Kriegs gegen den Terror« sind in der US-Presse übrigens kaum zu finden, was ganz sicher von Bedeutung ist.

Wie erging es den anderen Staaten Mittelamerikas? Noch schlechter als Nicaragua, denn in El Salvador und anderenorts war die Armee selbst der für den Terror gegen die Bevölkerung verantwortliche Faktor. Während dieser Periode, in den achtziger Jahren, wurde El Salvador zum führenden Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe, die genutzt wurde, um ungezählte Verbrechen zu begehen. Insgesamt war der »Antiterrorkrieg« ein Erfolg. Um das zu erkennen, muß man sich nur die von der berühmten School of the Americas

publizierten Dokumente ansehen.⁶ Einer ihrer Slogans lautete, die US-Armee habe »geholfen, die Befreiungstheologie zu besiegen«. Das ist absolut zutreffend. Zu den hauptsächlichen Angriffszielen des Antiterrorkriegs gehörte die katholische Kirche, die den schwerer Fehler begangen hatte, sich auf die Seite der Armen zu stellen und die dafür bestraft werden mußte.

El Salvador ist ein augenfälliges Beispiel. Dort begannen die achtziger Jahre mit dem Mord an einem Erzbischof [Oscar Romero] und endigten mit der Ermordung von sechs führenden jesuitischen Intellektuellen. Die USA hatten die Befreiungstheologie besiegt.

Bezeichnend für unsere intellektuelle Kultur ist die Tatsache, daß diese Dinge weitgehend unbekannt sind. Wenn sechs bekannte tschechische Intellektuelle und ein Erzbischof von Streitkräften umgebracht worden wären, die man in der Sowjetunion ausgebildet und bewaffnet hätte, wüßten wir alles über diesen Vorfall. Wir würden ihre Namen kennen und ihre Bücher lesen. In den USA jedoch dürfte es selbst unter den Gebildeten nur wenige Leute geben, die wissen, um wen es sich bei den Jesuiten und dem Erzbischof gehandelt hat. Ganz zu schweigen von den 70000 weiteren Toten, die, wie üblich, Bauern gewesen sind. Und daß sie von Milizen umgebracht wurden, die wir ausgebildet und bewaffnet haben, wird ebenfalls unbekannt sein.

Das also ist die Erfolgsgeschichte des »Kriegs gegen den Terror« in Mittelamerika.

Wenden wir uns nun dem anderen Brennpunkt dieses Kriegs zu, dem Nahen Osten. In der Tat gab es zu jener Zeit dort jede Menge staatlich geförderter terroristischer Aktivitäten. Zu den schlimmsten gehörte der israelische Einmarsch in den Libanon 1982, der im Endeffekt an die 20000 Opfer forderte.

Das war internationaler Terrorismus. Die Invasion konnte durchgesetzt werden, weil die Vereinigten Staaten grünes Licht

gaben, die Waffen lieferten und für die notwendige diplomatische Unterstützung sorgten, indem sie gegen etliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die das Ende der Kämpfe und den Rückzug der Truppen forderten, ihr Veto einlegten. Für Israel war die Aktion ein großer Erfolg. Generalleutnant Rafael Eitan, der Stabschef der israelischen Armee, wies darauf hin, daß es gelungen sei, die PLO als möglichen Partner für Verhandlungen über die besetzten Gebiete auszuschalten.

Das war ohnehin das Ziel des Kriegs gewesen, der mit dem Libanon selbst gar nichts zu tun hatte. In Israel wurde offen eingestanden, es habe sich um einen »Krieg für die besetzten Gebiete« gehandelt. Stein des Anstoßes war die PLO, die immer wieder auf einer – von Israel abgelehnten – vertraglichen Regelung bestanden hatte. Die war jetzt, nach der Vertreibung der PLO aus dem Libanon, zunächst einmal gegenstandslos geworden.

Der Libanonkrieg ist ein Beispiel für internationalen Terrorismus, das aus einem Lehrbuch stammen könnte. Wie nämlich definiert die US-Regierung ganz offiziell den Begriff »Terrorismus«? Er sei, so heißt es, die Androhung oder Anwendung von Gewalt, um durch Einschüchterung und Verbreitung von Angst in der Zivilbevölkerung politische, religiöse oder andere Ziele durchzusetzen. Das paßt haargenau auf den Libanonkrieg. Und es ist internationaler Terrorismus, weil die USA dabei die entscheidende Rolle spielten.

Dabei räume ich den Vereinigten Staaten sogar ein *in dubio pro reo* ein. Es ließe sich nämlich durchaus die Auffassung vertreten, daß es sich bei der Invasion des Libanon um direkte Aggression gehandelt habe. Und im Grunde müßte man das Vorgehen auch so bezeichnen. Dann aber wären Prozesse wie in Nürnberg gegen die politischen Führungen Israels und der USA erforderlich. Doch wir folgen dem Grundsatz »Im Zweifelsfalle für den Angeklagten« und sprechen nur von internationalem Terrorismus. Es ist der eindeutigste und zugleich schlimmste

Fall der achtziger Jahre.

Nebenbei bemerkt sind, was die Gründe für den Krieg angeht, in den USA seit zwanzig Jahren Lügen verbreitet worden. Doch am 24. Januar 2002 – Ehre, wem Ehre gebührt – stellte die *New York Times* die Sache richtig. In einem Beitrag von James Bennett, der einem anderen Thema galt, findet sich bei aufmerksamer Lektüre ein Satz, der die Wahrheit über die Invasion im Libanon enthält.

Zum ersten Mal wird in den Vereinigten Staaten selbst zugegeben, was in Israel seit zwanzig Jahren bekannt und in der kritischen, auf israelischen Quellen beruhenden Literatur behauptet wird: Der Libanonkrieg wurde aus rein politischen Gründen geführt. Es war ein Krieg um das Westjordanland. Israel wollte den als bedrohlich angesehenen Verhandlungsangeboten seitens der Palästinenser ein Ende bereiten.

Das ist die Wahrheit, die der amerikanischen Bevölkerung zwanzig Jahre lang vorenthalten wurde. Jetzt aber gibt es einen Satz, der die Wahrheit offenbart, und man kann ihn aus der *New York Times* zitieren. Damit ist die Wahrheit offiziell und das ist ein Fortschritt. Wenn man lange genug wartet, passieren erstaunliche Dinge.

Neben der Invasion gab es im Nahen Osten noch weitere terroristische Aktivitäten. Gehäuft traten sie 1985 auf. Im selben Jahr ging aus der Umfrage, die Associated Press alljährlich bei Zeitungsherausgebern macht, der Terrorismus im Nahen Osten als Top-Thema hervor. Auch in der wissenschaftlichen Literatur gilt das Jahr 1985 in terroristischer Hinsicht als besonders markant. Das ist durchaus nicht aus der Luft gegriffen, auch wenn 1985 nicht ganz so schlimm war wie 1982.

Für den Preis »Schlimmster Terrorakt im Nahen Osten 1985« gibt es drei Kandidaten. Zunächst die Explosion einer Autobombe vor einer Moschee in Beirut, die gezündet wurde,

als die Besucher aus dem Gottesdienst kamen. 80 Personen starben, 250 weitere wurden verwundet, darunter viele Frauen und Kinder. Eigentliches Ziel des Angriffs war ein muslimischer Scheich, der jedoch dem Attentat entging. Für den Anschlag wurden die CIA und britische Geheimdienste verantwortlich gemacht; allzu umstritten ist die Angabe nicht.

Kandidat Nr. 2 ist die Bombardierung von Tunis durch israelische Flugzeuge, die einige Monate später stattfand. Abgeworfen wurden Splitterbomben; die Zahl der Opfer beläuft sich auf etwa 75 – tunesische und palästinensische Zivilisten. Ein bekannter israelischer Reporter beschrieb in der hebräischsprachigen Presse den Angriff und seine Folge in allen Einzelheiten, während er in den USA kaum Aufmerksamkeit erregte. Auch die Bombardierung war ein Akt des internationalen Terrorismus, in den wiederum die USA verstrickt waren. Die in der Nähe befindliche Sechste Flotte wies die tunesische Regierung – Tunesien ist ein Verbündeter – nicht darauf hin, daß die Bomber Kurs auf die Hauptstadt genommen hatten, obwohl die Militärs darüber informiert waren.

US-Außenminister George Shultz reagierte auf die Bombardierung, indem er den israelischen Außenminister anrief, ihm gratulierte und seine Sympathie für den Angriff bekundete. Allerdings machte er einen Rückzieher, als der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedete, die Israel einmütig wegen eines Akts bewaffneter Aggression verurteilte. Die USA enthielten sich der Stimme.

Aber nennen wir auch den Angriff auf Tunis internationalen Terrorismus, statt, wie der Sicherheitsrat, einen Akt bewaffneter Aggression. Wie schon beim Libanonkrieg, bemühten sich auch hier die Israelis gar nicht erst darum, die Aktion als Verteidigungsmaßnahme zu deklarieren.

Der dritte und letzte Kandidat, der mir einfällt, ist Schimon Peres' »Operation Eiserne Faust«, die im März 1985 stattfand.

Die israelische Armee griff im Südlibanon »terroristische Dorfbewohner« an (so das Oberkommando), wobei es zu umfangreichen Massakern kam. Viele Menschen wurden von der israelischen Armee oder ihren Söldnertruppen umgebracht. Viele wurden nach Israel verschleppt und dort vernommen, was Folter und Einkerkering bedeutete.

Die Zahl der Opfer ist unbekannt, weil es zu den Grundsätzen von Journalismus und Wissenschaft gehört, eigene Greuelthaten nicht zu untersuchen, wohingegen wir ganz genau Bescheid wissen, wenn uns etwas angetan wird.

So kamen im Krieg der USA gegen Vietnam Millionen von Menschen um, doch ist die genaue Zahl bis heute unbekannt. Auch weiß man nicht, wieviel Hunderttausende an den Folgen der chemischen Kriegführung in Südvietnam gestorben sind. Außerhalb der Vereinigten Staaten hat man Schätzungsversuche unternommen, aber hierzulande interessiert das nicht weiter. Um solche Dinge kümmern wir uns nicht.

Infolgedessen wissen wir auch nicht, wieviele Opfer der von den USA und Israel betriebene internationale Terrorismus im südlichen Libanon gefordert hat. Die »Operation Eiserne Faust« wurde, nebenbei bemerkt, von der zu den »Tauben« gerechneten Arbeiterpartei lanciert, die damals den Premierminister stellte.

Das sind die drei Beispiele, die mir einfallen. Sie gehören mehr oder weniger in dieselbe Kategorie und verdeutlichen exemplarisch, wie der »Krieg gegen den Terror« im Nahen Osten geführt wurde.

Natürlich fand er auch anderenorts statt, wie etwa im Süden Afrikas, wo Millionen Menschen bei Raubzügen, die Südafrika in benachbarten Ländern unternahm, ums Leben kamen (abgesehen davon, was in Südafrika selbst passierte). Allein in den Jahren der Regierung Reagan, zwischen 1980 und 1988, wurden in Mozambique und Angola eineinhalb Millionen Menschen getötet und Schäden in Höhe von 60 Milliarden

Dollar angerichtet.

Das waren die Jahre des »konstruktiven Engagements«: Noch 1988 war Südafrika ein wertgeschätzter Verbündeter, während Nelson Mandelas Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) als »berühmte Terroristenbande« galt. Weitere Beispiele aus anderen Gegenden der Welt sind leicht zu finden.

Aus diesen Tatsachen lassen sich einige Folgerungen ableiten. Zum einen wurde die Korrelation zwischen US-amerikanischer Entwicklungshilfe und außergewöhnlich schweren Menschenrechtsverletzungen in den achtziger Jahren so eng, daß sie schließlich eine Eins-zu-eins-Beziehung war, die, anders als in den vorangegangenen Jahrzehnten, gar nicht mehr weiter untersucht werden mußte. Zum anderen gibt es zwischen dem damaligen und dem jetzigen »Krieg gegen den Terror« auf amerikanischer Seite einige interessante personelle Verbindungen, die Kontinuität stiften.

Donald Rumsfeld etwa, der heute für die militärische Komponente des Kriegs verantwortlich ist, war unter Reagan Sondergesandter für den Nahen Osten und in dieser Funktion verantwortlich für die von mir beschriebene Politik. Die diplomatischen Fäden zieht John Negroponte, der Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen. Unter Reagan war er Botschafter in Honduras, der Basis für die terroristischen Aktivitäten der USA in Mittelamerika; wobei seine Hauptaufgabe darin bestand, den Krieg gegen Nicaragua vorzubereiten und zu kontrollieren.

Rumsfeld und Negroponte sind, neben einigen anderen, Vertreter dieser Kontinuität im »Krieg gegen den Terror« – dieselben Leute, dieselben Institutionen, dieselbe Politik. Demzufolge dürften auch die Resultate des jetzigen Kriegs vorhersehbar sein.

In der Wissenschaft ist diese Kontinuität nicht unbemerkt geblieben. So widmet sich, um nur ein Beispiel zu nennen, die

letztjährige Dezember-Ausgabe von *Current History* – einer seriösen Fachzeitschrift –, dem Thema »Terror«. Die Autoren, anerkannte Spezialisten, bezeichnen die achtziger Jahre richtigerweise als Jahrzehnt des staatlichen Terrorismus.

In ihren Augen haben die Vereinigten Staaten damals den Staatsterror erfolgreich durch »vorbeugende Maßnahmen« (*proactive measures*) bekämpft, und sie meinen damit die von mir beschriebenen Aktivitäten. Sie sind auch der Auffassung, daß der Krieg gegen Nicaragua, der zur Verurteilung der USA durch den Internationalen Gerichtshof führte, ein gutes Modell für zukünftige Maßnahmen gegen den Terror sei. Zwei Autoren präzisieren dies, indem sie das Vorgehen der Contras gegen die Sandinisten als Modell für die US-amerikanische Unterstützung der Nordallianz in Afghanistan darstellen.

Erwähnung findet auch das Jahr 1985 als Höhepunkt des Terrors im Nahen Osten. Allerdings sind die in der Zeitschrift aufgeführten Beispiele andere als die von mir genannten. Beschrieben werden zwei Vorfälle, bei denen je eine Person ums Leben kam: eine Flugzeugentführung, bei der ein US-Militäroffizier getötet wurde, sowie die Kaperung des Passagierschiffs *Achille Lauro*, bei der ein körperlich behinderter amerikanischer Staatsbürger, Leon Klinghoffer, ermordet wurde.

Natürlich sind auch das Terrorakte, wenngleich anderer Art als die von mir geschilderten. Die Ermordung Klinghoffers ließe sich mit einem Vorfall vergleichen, der vor einigen Wochen in Dschenin [einem palästinensischen Flüchtlingslager] stattfand. Dort versuchte ein Rollstuhlfahrer,⁷ einem israelischen Panzer auszuweichen, wurde aber von ihm zermalmt. Vor zwei Tagen wollte eine junge Frau, die zur Dialyse mußte, in den von Israel besetzten Gebieten ein Krankenhaus aufsuchen, wurde aber daran gehindert und starb an den Folgen der Nichtbehandlung. Und es gibt viele ähnliche Vorfälle, die jedoch nicht zum internationalen Terrorismus gerechnet werden.

Die Entführung der *Achille Lauro* war selbstverständlich ein terroristischer Akt, der auch nicht dadurch gerechtfertigt werden kann, daß die Entführer ihn als Vergeltung für die viel schlimmere Bombardierung von Tunis eine Woche zuvor unternommen hatten. Auch als Vergeltungsmaßnahme läßt sich Terror nicht rechtfertigen. Aber diese Aussage ist natürlich verallgemeinerbar, und daraus lassen sich, wenn man elementare moralische Grundsätze für richtig hält, bestimmte Folgerungen ziehen, die man in der Diskussion über solche Vorfälle indes nicht finden wird.

In der erwähnten Ausgabe von *Current History* finden sich noch kühnere Interpretationen. So verfolgt einer der führenden akademischen Terrorismus-Spezialisten, ein Professor an der University of California in Los Angeles, die Wurzeln Usama bin Ladins über den Islam hinaus bis zum Vietnamkrieg. Er meint: »Der Terror des Vietcong gegen den amerikanischen Goliath ... nährte die Hoffnung, daß auch das westliche Herzland verwundbar sein könnte.« Mithin war das amerikanische Herzland in Südvietnam, wo die Bevölkerung Terror gegen uns ausübte, verwundbar.

Was folgt daraus? Die von mir beschriebenen Terrorakte, die in Mittelamerika, dem Nahen Osten, Südafrika usw. ausgeführt wurden, gelten nicht als Terror. Die wissenschaftliche Literatur nimmt sie in die Annalen des Terrors nicht als Terrorakte auf, sondern bezeichnet sie als »Antiterror« oder als »gerechten Krieg«. Diese Bewertung folgt dem Prinzip, daß Terror das ist, was sich gegen uns oder unsere Verbündeten richtet. Wenn hingegen wir oder unsere Verbündeten gegen ein anderes Land Terror ausüben, dann handelt es sich dabei um Gegenterror oder einen gerechten Krieg.

Dieses Prinzip nun besitzt, soweit mir bekannt ist, nahezu universelle Gültigkeit. Man kann die umfangreiche Literatur zu diesem Thema durchforschen und sehen, ob es eine Ausnahme gibt. Meines Wissens gibt es keine. Und ich habe nicht nur in

den Vereinigten Staaten, sondern auch in vielen anderen Ländern danach gesucht. Die gesamte Geschichte des europäischen Imperialismus ist von dem Grundsatz durchdrungen: Was wir anderen antun, ist Gegenterror oder ein gerechter Krieg, auch und gerade, wenn wir unsere Verbrechen in anderen Ländern begehen. Wir haben eine zivilisatorische Mission, wir bringen den Barbaren die Kultur usw.

Selbst die schlimmsten Mörder in der Geschichte haben sich diesen Grundsatz zu eigen gemacht. Als die Nationalsozialisten weite Teile Europas okkupiert hatten, behaupteten sie, damit die Bevölkerung und die legitimen Regierungen gegen den vom Ausland gesteuerten Terror der Partisanen zu verteidigen. Und noch in dieser vulgären Propaganda steckt ein Körnchen Wahrheit.

Die Partisanen übten Terror aus, und sie wurden von London aus gesteuert, also übten sie vom Ausland gesteuerten Terror aus. Und die Vichy-Regierung in Frankreich war genauso legitim wie andere Regierungen, die von den USA oder anderen imperialen Mächten hier oder dort eingesetzt wurden. Das verleiht der grotesken NS-Propaganda, die der unseren durchaus ähnelt, einen Hauch von Rechtfertigung.

Vergleichbares gilt für die Japaner in der Mandchurei und Nordchina. Natürlich wollten sie der dortigen Bevölkerung das Paradies auf Erden verschaffen und die nationalistische Regierung in der Mandchurei gegen die chinesischen Banditen verteidigen usw. Das dürfte uns bekannt vorkommen.

So jedenfalls lautet meines Erachtens der universelle Grundsatz: Was wir tun, ist Gegenterror oder gerechter Krieg; was die anderen tun, ist Terror. Das Ausmaß der Verbrechen spielt dabei keine Rolle, andere Erwägungen ebenfalls nicht.

Das waren die achtziger Jahre. Betrachten wir nun, was danach bis heute passiert ist und richten wir unser Augenmerk auf die Militärhilfe. Da rückt zunächst El Salvador in den

Mittelpunkt, das während des Feldzugs seiner Regierung gegen die Bevölkerung zum führenden Empfänger US-amerikanischer Waffenlieferungen aufstieg. Nachdem die Befreiungstheologie besiegt worden war, trat die Türkei die Nachfolge von El Salvador an und blieb bis 1999 auf dem ersten Platz. Dann wurde sie von Kolumbien abgelöst.

Dazu eine persönliche Bemerkung: Ich habe gerade zwei dieser Länder besucht und bin dort gewesen, wo in den neunziger Jahren einige der schlimmsten Verbrechen verübt wurden. Letzte Woche war ich in Südkolumbien und einige Wochen zuvor in der südöstlichen Türkei.

Die Türkei gehörte immer zu den bevorzugten Empfängern amerikanischer Militärhilfe, nicht zuletzt aufgrund ihrer strategischen Lage als Nachbar der Sowjetunion und der Nahoststaaten. Die bereits während des Kalten Kriegs umfangreichen Zuwendungen wurden ab 1984 drastisch erhöht und erreichten unter Clinton den vierfachen Umfang dessen, was in den vierzig Jahren zuvor geleistet worden war. Im Spitzenjahr 1997 kamen 80 Prozent der Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten, die nicht nur Kampfflugzeuge und Panzer, sondern auch Militärberater schickten. Zu dieser Zeit führte die Türkei einen Kampf gegen die Kurden, die etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dort, in Ost-Anatolien, habe ich mich aufgehalten.

Der Kampf gegen die Kurden ist wiederholt als »Staatsterror« bezeichnet worden, so etwa von dem bekannten türkischen Soziologen Ismail Besikci, der in seinem 1991 veröffentlichten Buch *State Terror in the Middle East* auch von der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung berichtete. Nach Erscheinen des Buchs wurde er sofort inhaftiert und sitzt, soweit ich weiß, immer noch im Gefängnis. Seine Kritik an der türkischen Kurdenpolitik hatte ihn schon einmal für fünfzehn Jahre hinter Gitter gebracht.

Der U. S. Fund for Freedom of Expression sprach ihm einen

mit zehntausend Dollar dotierten Preis zu, den er wegen der amerikanischen Unterstützung für den Staatsterror in der Türkei jedoch ablehnte. Seine neuerliche Inhaftierung führte in Großbritannien zu heftigen Protesten durch Schriftsteller, Akademiker und Parlamentarier, während in den USA Stillschweigen herrschte. Da wir das Vorgehen der Türkei gegen die Kurden unterstützen, kann es kein Terror sein und folglich müssen wir uns auch nicht um Besikci kümmern.

Der Soziologe war nicht der einzige, der von »Staatsterror« sprach. 1994 verwendete sogar der türkische Minister für Menschenrechte diesen Ausdruck für die Politik seiner Regierung. Er sprach damals von zwei Millionen Vertriebenen, Zehntausenden von Toten und zahllosen barbarischen Greueln.

Mittlerweile hat sich die Situation noch verschlechtert. Während meines Aufenthalts in Ost-Anatolien bezifferte Osman Baydemir, der geachtete Vorsitzende der kurdischen Menschenrechtskommission (der übrigens auch von der amerikanischen Botschaft sehr geschätzt wird), die Zahl der Flüchtlinge auf drei Millionen und die der Getöteten auf 50000. Wie ich selbst sehen konnte, leben viele Flüchtlinge in Höhlen außerhalb der Stadt Diyarbakir; in anderen Orten ist die Lage ähnlich.

Kurz nach meiner Abreise wurde Baydemir von der Staatssicherheit vor Gericht gebracht und angeklagt. Sein Verbrechen hatte darin bestanden, daß er in einem Bericht über das Neujahrsfest der Kurden die kurdische Schreibweise benutzt hatte – »Newroz« statt türkisch »Nevruz«. Wie der Prozeß gegen ihn ausgeht, läßt sich zur Zeit nicht sagen.⁸

Wenn Kinder so gekleidet sind, daß sich aus den Farben ihrer Kleidung diejenigen der (verbotenen) kurdischen Nationalflagge ergeben, kann das als schweres Verbrechen gewertet werden. Während meines Aufenthalts wurde ein Journalist ins Gefängnis gesperrt, weil er im Radio ein kurdisches Lied gesendet hatte.

Sein Sender wurde geschlossen. In die Türkei gereist war ich, um einem Verleger zu helfen, der unter Anklage stand, weil er ein Buch von mir veröffentlicht hatte, in dem drei Sätze, die sich auf Berichte von Menschenrechtskommissionen bezogen, von der Unterdrückung der Kurden handelten. Zum Glück war die internationale Aufmerksamkeit so groß, daß der Verleger in diesem Punkt freigesprochen wurde. Allerdings wird ihm jetzt wegen ähnlicher Vergehen der Prozeß gemacht.

In Diyarbakir hatte ich – vor zahlreich versammeltem Publikum inklusive TV- und Polizeikameras – einen Vortrag gehalten. Nach dem Schlußsatz kam es zu einem Ereignis, das von beträchtlichem Mut zeugte: Drei Studenten traten ans Rednerpult und überreichten mir ein kurdisch-englisches Wörterbuch, das auf unbekannte Weise in die Türkei geschmuggelt worden sein mußte. Nur wer mit der Situation vertraut ist, weiß, wie gefährlich diese Aktion war. Was mit den Studenten geschah, konnte ich nicht weiter verfolgen.

Immerhin erhält, wer gegen die drakonischen Gesetze und repressiven Praktiken protestiert, von vielen Seiten Unterstützung. Schriftsteller, Journalisten und Akademiker führen einen beständigen Kampf um mehr Freiheit, leben aber auch fortwährend in der Gefahr, verhaftet und verurteilt zu werden. Während meines Aufenthalts überreichten mehrere Verleger dem Staatsanwalt ein gemeinsam publiziertes Buch mit verbotenen Schriften, zum Teil auch von Inhaftierten. Sie wollten einen Prozeß gegen sich erzwingen, aber aufgrund der internationalen Aufmerksamkeit reagierte die Staatsanwaltschaft nicht. Zu solchen Aktionen greifen Menschen, die wirklich unterdrückt werden und die Bürger- und Menschenrechte bitterernst nehmen. Sie brauchen dringend Unterstützung, und nicht zuletzt von uns.

In den USA jedoch wurde der türkische Staatsterror mit Beifall bedacht. Als das Außenministerium im Jahr 2000 – nach dem (wenn man so will) Erfolg der Terrorkampagne – seinen

Jahresbericht über terroristische Aktivitäten vorlegte, wurde neben Algerien und Spanien die Türkei wegen ihrer »positiven Erfahrungen« im Kampf gegen den Terror hervorgehoben.

In einer akademischen Zeitschrift hat der amerikanische Botschafter in der Türkei vor kurzem betont, daß die Vereinigten Staaten, wie der (von mir beschriebene) Feldzug gegen den Terror gezeigt habe, keinen besseren Freund und Verbündeten haben könnten. Die türkische Regierung bewies ihre Dankbarkeit, indem sie als erste den Vereinigten Staaten Bodentruppen für den »Antiterrorkrieg« in Afghanistan anbot.

Mithin schützt die türkische Armee, die in den neunziger Jahren Greuelthaten gegen die Kurden beging, nunmehr, wiederum mit Unterstützung der USA, die unbezweifelbar selbst ein terroristischer Staat sind, Kabul gegen die Terroristen, Das ruft hierzulande keine Kommentare hervor, obwohl die Fakten bekannt sind. Ich weiß nicht, was Orwell daraus gemacht hätte, aber wir können daraus machen, was wir wollen.

1999 löste Kolumbien die Türkei als führenden Empfänger von US-Waffenlieferungen ab. Der Türkei war es mittlerweile gelungen, die Bevölkerung in ausreichendem Maß zu unterdrücken, was in Kolumbien noch ausstand.

In den neunziger Jahren hielt Kolumbien in der westlichen Hemisphäre den Rekord an Menschenrechtsverletzungen und erhielt insofern, gemäß der üblichen Korrelation, mehr US-Entwicklungs- und Militärhilfe als alle anderen Länder der Hemisphäre zusammengenommen.

In Kolumbien finden schreckliche Verbrechen statt. Eines wurde sogar offiziell untersucht: Die kolumbianische Armee hatte in einem Gebiet Menschen mit Kettensägen umgebracht und in Gruben geworfen. Der befehlshabende Offizier wurde daraufhin seines Postens enthoben, so daß man nicht sagen kann, es gebe keine Strafe für solche Massaker.

Bei der Ermordung von Gewerkschaftern und Journalisten

steht Kolumbien mittlerweile an erster Stelle. Vor einigen Jahren hatte ich das Land im Rahmen einer Mission von Amnesty International zum Schutz von Menschenrechtlern besucht. Kolumbien war das erste Ziel gewesen, weil es dort um die Menschenrechte und ihre Verteidiger am schlimmsten bestellt war.

Gegenwärtig gibt es in Kolumbien zehn bis zwanzig politische Morde am Tag. Zwei Millionen Menschen sind bereits verschleppt oder vertrieben worden und jeden Monat kommen zehntausend dazu. Sie werden in Slums abgedrängt, wo es keinerlei medizinische oder schulische Versorgung gibt. Die Greuelthaten sind untersucht worden und lassen sich in etwa achtzig Prozent der Fälle dem Militär oder den mit ihm verbundenen paramilitärischen Milizen zuweisen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre ist indes der prozentuale Anteil der Milizen an den Verbrechen gestiegen, weil das Militär sich wieder einen guten Ruf verschaffen will. Die kolumbianische Armee hat begriffen, daß Terror sich am besten verbreiten läßt, wenn man ihn privatisiert. Man überläßt ihn, wie die Indonesier in Ost-Timor oder die Serben in Bosnien, einfach paramilitärischen Verbänden.

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch nehmen dem kolumbianischen Militär die Behauptung, es habe saubere Hände, jedoch nicht ab, sondern halten die Milizen schlicht für die sechste Division der Armee. Dieser Division wird die Verantwortung für die Verbrechen zugeschrieben, mit denen das Militär offiziell nichts zu tun haben will und die begangen zu haben es »plausibel bestreiten« kann.

Präsident Clinton jedoch lobte das Land über den grünen Klee. Er pries die Durchsetzung der Menschenrechte, die Verwirklichung der Demokratie und die Wirtschaftsreform. Mit letzterem hatte er sicher recht: Kolumbien hat die Wirtschaft so stark privatisiert wie kaum ein anderes Land und ist damit zur Goldgrube für ausländische Investoren geworden.

Das war für die USA die Gelegenheit, ihren Beitrag zum internationalen Terrorismus ebenfalls zu privatisieren, so daß es mittlerweile viele amerikanische Offiziere in Kolumbien gibt, die offiziell Angehörige von privaten Gesellschaften wie DynCorp oder MPRI (Military Professional Resources Inc.) sind. Auch dadurch läßt sich »plausibel bestreiten«, daß die USA direkte Militärhilfe leisten. Die Privatisierung des internationalen Terrorismus bedeutet, daß die Entsendung von Beratern und die Lieferung von Waffen nicht den vom US-Kongreß gesetzlich verfügten Einschränkungen, d. h. der Berücksichtigung der Menschenrechtssituation, unterliegen.

Bis hin zu Clinton konnte die Regierung diese Einschränkungen einfach unbeachtet lassen, was nicht mehr möglich war, als die Bestimmungen verschärft wurden. Mithin erklärte Außenminister Colin Powell Anfang Mai 2002, Kolumbien entspreche mittlerweile den Maßstäben, die Washington an die Verwirklichung der Menschenrechte anlege. Das ist leider wahr. Human Rights Watch und Amnesty International haben dazu einen detaillierten Bericht vorgelegt, der die Lage erhellt.

Wie ist die Lage? In Südkolumbien hatte ich die Gelegenheit, dieser Frage nachzugehen. Ich hielt mich einige Tage in Cauca auf, einer Provinz, in der es im letzten Jahr um die Menschenrechte besonders schlimm bestellt war. Dort leben zumeist Eingeborene, Campesinos und Afro-Kolumbianer. Es gelang ihnen, ein »soziales Bündnis« herzustellen, um das Bildungs- und Gesundheitswesen reformieren zu können.

Sie konnten bei den Wahlen, zu jedermanns Erstaunen, sogar ihren eigenen Gouverneur durchsetzen, der aus der eingeborenen Bevölkerung stammt. Nur selten werden in der westlichen Hemisphäre Eingeborene in so hohe Positionen gewählt. Es folgte das übliche: Paramilitärische Verbände wurden in die Region entsandt und begingen die gewohnten Greuelthaten. Viele Menschen bezweifeln, daß der Gouverneur

die Wahlperiode überleben wird.

Ich habe einige Stunden damit zugebracht, Bauern zuzuhören, die vom Terror berichteten. Am schlimmsten seien die (von den USA lancierten) Ausräucherungsaktionen, die ihre Lebensgrundlagen zerstörten. Sie vernichteten die Feldfrüchte und töteten die Nutztiere. Auch die Kinder sind davon betroffen, haben am ganzen Körper Schorf und Ausschlag und gehen zugrunde.

Die Bauern leben zumeist vom Kaffeeanbau, der meist nicht viel einbringt, weil die Preise auf dem Weltmarkt zu niedrig sind. Aber sie konnten sich durch den ökologischen Anbau von Kaffee hoher Qualität auf dem internationalen Markt eine Nische sichern. Damit ist es vorbei. Die Ausräucherung vernichtet die Kaffeesträucher und vergiftet den Boden.

Damit wird zugleich die biologische Vielfalt und, schlimmer noch, die Tradition des bäuerlichen Landbaus vernichtet und die damit verbundenen Fertigkeiten, die hohe Erträge ermöglichten.

Offiziell wird die Ausräucherung als »Kampf gegen Drogen« gerechtfertigt. Aber das ist nicht mehr als ein Alibi für den Plan, Aufstände zu verhindern und die Bauern zum Nutzen reicher Eliten und ausländischer Investoren, die an Bodenschätzen interessiert sind, gefügig zu machen.⁹

Sollte in diesem Gebiet jemals wieder Landwirtschaft betrieben werden, dann wahrscheinlich als Monokultur für den Export mit im Labor gezüchteten Samen der Firma Monsanto. Eine andere Alternative gibt es vermutlich nicht. Bedeutsamer noch dürfte jedoch sein, daß man die Region, wenn die Bevölkerung erst einmal durch die chemische Kriegführung seitens der USA vertrieben worden ist, für den Tagebau nutzen kann – offensichtlich gibt es dort reiche Kohlevorkommen –, oder man baut Dämme und Wasserkraftwerke, wovon in jedem Fall internationale Konzerne profitieren. Auch das ist eine Erfolgsgeschichte.

Die Menschen und ihre Kultur sind dabei eine zu vernachlässigende Größe, sind, um den Philosophen Hegel zu zitieren, »bloße Dinge, deren Leben wertlos ist«. Er meinte damit die Afrikaner.¹⁰ Aber das ist unsere Einstellung. Die Menschen dort in Kolumbien sind Dinge, deren Leben wertlos ist, deswegen können wir gleichmütig und ungestraft unsere Vorhaben betreiben und uns dessen rühmen. Die Kolumbianer haben für uns einen ähnlichen Status wie die Kurden in Ost-Anatolien oder die Palästinenser. Über letztere schrieb der Herausgeber der Zeitschrift *The New Republic*: »Die Palästinenser werden, wie die Kurden oder die Afghanen, nichts weiter sein als eine zertretene Nation« und dergestalt wird das Palästinenserproblem, »das allmählich langweilt«, gelöst.

Diese Ansicht wurde im Mai 2002 von Dick Arney, dem Vertreter der Mehrheit im Repräsentantenhaus, bekräftigt:

»Die Palästinenser sollten [die besetzten Gebiete] verlassen.«

Schließlich ist die Welt groß genug. So pflegt man mit »bloßen Dingen« umzugehen, und das erklärt auch die Korrelation zwischen amerikanischer Militärhilfe und greulichen Menschenrechtsverletzungen.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele anführen, möchte mich aber einer anderen Kategorie von Terror zuwenden, nämlich der ökonomischen Kriegführung. In der westlichen Hemisphäre gibt es momentan zwei Staaten, die von den USA mit einem Embargo belegt sind. Zufälligerweise handelt es sich dabei um Länder, die früher zu den größten Importeuren von Sklaven gehörten – Kuba und Haiti.

Das Embargo gegen Kuba währt nunmehr vierzig Jahre und ist Bestandteil einer umfassenderen Kriegführung. Kuba wurde von den USA erst kürzlich wieder unter die führenden Terrorstaaten eingereiht, vielleicht, weil es seit vier Jahrzehnten zu den bevorzugten Zielen des internationalen Terrorismus gehört.

Die USA führen seit 1959 Krieg gegen Kuba. Bis 1989 hieß

es, wir müßten uns gegen diesen Tentakel des Sowjetreichs, der bereit sei, uns zu erwürgen, mit Terror und ökonomischer Kriegführung verteidigen. Dann verlor dieser Vorwand seine Bedeutung, und wir wechselten ihn, ohne mit der Wimper zu zucken, gegen einen anderen aus. Wir verschärfen das Embargo, nunmehr aus Liebe zur Demokratie. In Verletzung internationaler Menschenrechtsprinzipien ist sogar die Einfuhr von Lebensmitteln und Medizin verboten.

Das Embargo, so lautet die Standardauffassung in den Vereinigten Staaten, die erst vor ein paar Wochen von Expräsident Carter wiederholt wurde, nützt Castro, schadet aber nicht den Kubanern, sondern höchstens nordamerikanischen Farmern und Agrarexporteurs, die ihre Produkte gerne auch in Kuba vertreiben würden.

Andere Leute haben sich die Situation etwas genauer angesehen. Im März 1997 veröffentlichte die American Association of World Health eine dreihundert Seiten umfassende Dokumentation, die zu dem Schluß kam, daß das Embargo die Gesundheit und Ernährung der kubanischen Bevölkerung erheblich beeinträchtigt und zu einem Ansteigen von Krankheiten und Todesfällen geführt hätte. Nur das immer noch intakte Gesundheitssystem habe eine humanitäre Katastrophe verhindert, dabei allerdings Ressourcen aus anderen Bereichen abgezogen, die dort dringend benötigt wurden.

Das Embargo war also, wie die Liquidierung der Befreiungstheologie, ein Erfolg. Das andere, gegen Haiti verhängte Embargo trägt noch groteskere Züge. Haiti war im letzten Jahrhundert das bevorzugte Ziel US-amerikanischer und anderer Militärinterventionen und gehört jetzt zu den ärmsten Ländern der westlichen Hemisphäre.

1915 schickte Woodrow Wilson in einem Anfall von »Wilsonianischem Idealismus« die Marines nach Haiti. Sie zerstörten dort das parlamentarische System, führten die Sklaverei wieder ein, töteten (haitianischen Schätzungen

zufolge) an die fünfzehntausend Menschen und machten das Land zu einer Plantage für US-Investoren. Außerdem institutionalisierten sie die Nationalgarde, eine mörderische paramilitärische Macht, die seitdem das Land unter der Knute hatte.

Ich will hier nicht die ganze Geschichte aufrollen. Die Junta wurde noch zu Zeiten des schlimmsten Terrors von den Präsidenten Bush [sen.] und Clinton unterstützt, und in Queens, New York, lebt unbehelligt Emmanuel Constant, der ehemalige Führer der paramilitärischen Verbände, verantwortlich für den Tod von vier- bis fünftausend Menschen.

Haiti hat um seine Auslieferung ersucht, worauf die Vereinigten Staaten jedoch nicht reagierten. Die Presse schweigt wie üblich. Warum sollten wir einen Killer ausliefern, der nur ein paar tausend Leute umgebracht hat und in Haiti vielleicht seine Beziehungen zu US-amerikanischen Hintermännern ausplaudert?

Nachdem 1995 die Junta endlich aus dem Amt gejagt worden war, wollten die Inter-American Development Bank und andere Institutionen zunächst das schwer angeschlagene Gesundheitssystem sanieren, um das Sinken der Lebenserwartung zu stoppen. (Haiti ist das einzige Land der westlichen Hemisphäre, wo die Lebenserwartung sinkt.)

Diese Bemühungen fanden durch das Embargo ein Ende, weil nun Entwicklungshilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar auf Eis lag. Nur Kuba hilft noch, vor allem mit Medikamenten und ärztlichem Personal, aber das kann die Verluste nicht wettmachen, und so verschlimmert sich die Situation. Überdies, und das macht die Katastrophe komplett, zahlt Haiti für die blockierten Anleihen Zinsen. Soviel zum zweiten Embargo.

Ich komme zum Schluß. In den USA floriert ein literarisches Genre mit Büchern und Artikeln, die sich einem seltsamen Charakterfehler der Amerikaner widmen: Warum reagieren wir

nicht angemessen auf die Verbrechen anderer? Eine interessante Frage, die in einer ernsthaften Studie unserer Einstellung gegenüber den Menschenrechten sicherlich eine Fußnote verdient hätte, wenngleich das eigentliche Thema lauten müßte: Warum beteiligen wir uns auch weiterhin an Menschenrechtsverletzungen der schlimmsten Art bis hin zu Massakern?

Aber diese Frage darf nicht gestellt werden, denn sie betrifft unsere eigenen Verbrechen, und es ist unvorstellbar, daß wir die Existenz solcher Verbrechen zugeben.

Auch die in letzter Zeit immer wieder gestellte Frage, wie wir die Geißel des Terrors – und überall lauern terroristische Gefahren – bekämpfen können, ist nicht schwer zu beantworten. Die Vereinigten Staaten können das Ausmaß des weltweiten Terrors drastisch vermindern, indem sie aufhören, ihn zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Es würde nicht gleich das ganze Problem lösen, aber doch einen großen Teil desselben. Allerdings wird dieser grundlegende Punkt nirgendwo erörtert oder diskutiert.

Doch erst wenn Fragen dieser Art in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken, kann die Diskussion solcher Themen ernst genommen werden. Bis dahin sinken die Leidenden überall auf der Welt tiefer ins Elend.

*Nachbemerkung*¹¹

Es gibt viele Greuelthaten auf der Welt; einige weisen direkt auf uns zurück, andere werden gar nicht als solche gezählt. Dazu ein Beispiel.

Im vorigen Jahr wurde das aus dem Französischen übersetzte *Schwarzbuch des Kommunismus* bei uns ein stark beachteter und viel rezensierter Bestseller. Es ging darum, wieviel Menschenleben die kommunistische Herrschaft weltweit

gekostet hat, und die Autoren bezifferten dies auf etwa 100 Millionen. Streiten wir nicht um diese Zahl, sondern setzen wir sie als richtig voraus.

Den größten Anteil daran hatte eine Hungersnot in China, der zwischen 1958 und 1960 schätzungsweise 25 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Warum man das als politisches – oder ideologisches – Verbrechen bezeichnen kann, wurde in allen Einzelheiten vom Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen diskutiert, der u. a. auch dafür den Nobelpreis erhielt. Sen hatte gute Gründe, diese Hungersnot ein ideologisches Verbrechen zu nennen, und ich stimme seiner Einschätzung zu. Für ihn verbarg sich dahinter keine Absicht, sondern die Unfähigkeit der ideologischen Institutionen. China war ein totalitärer Staat, bei dem, wie in totalitären Staaten üblich, keine Informationen über das, was im Land geschah, zum Zentrum zurückflossen, weswegen auch keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten. Dennoch war es ein Massaker, eine der schrecklichen Greuelthaten des 20. Jahrhunderts und ein furchtbares Verbrechen des Kommunismus.

Aber das ist nur die halbe Geschichte. Amartya Sen hat sich in seinem Werk vielfach mit Hungersnöten und den Ursachen, die dazu führten, auseinandergesetzt und dabei vor allem Indien und China miteinander verglichen. Indien hatte unter der britischen Kolonialherrschaft immer wieder Hungersnöte erlebt, bei denen Millionen Menschen starben, aber das rechnet niemand zu den Verbrechen des britischen Imperialismus, gemäß dem Grundsatz, was wir tun, ist nun mal kein Verbrechen.

Nachdem Indien jedoch unabhängig geworden war, gab es vielfach Hunger, aber keine Hungerkatastrophen dieser Art, wie Sen für den von ihm untersuchten Zeitraum, zwischen 1947 und 1980, konstatiert. Verglichen mit China war Indien ein demokratischer Staat, bei dem die Regierung schnell reagieren konnte, wenn von irgendwoher entsprechende Informationen kamen.

Diese Analysen Sens sind bekannt, weniger jedoch die andere Seite seines Vergleichs zwischen Indien und China. Er untersuchte für denselben Zeitraum nämlich auch die Sterblichkeitsraten, die 1947 noch für beide Länder ähnlich waren, danach jedoch sich erheblich unterschieden. In China sank die Sterblichkeitsrate drastisch, in Indien blieb sie hoch. Und auch das ist für ihn ein ideologisches Verbrechen.

Er sieht die Ursache für den Unterschied darin, daß in China ein Gesundheitsdienst für die Landbevölkerung eingerichtet wurde, was zu einer erheblichen Verbesserung der durchschnittlichen Gesundheit führte. Indien als demokratisch-kapitalistisches Land dagegen tat nichts dergleichen, weshalb sich die Lage der Armen nicht verbesserte. Mit Blick auf die divergierenden graphischen Kurven bemerkt Sen: »Indien scheint alle acht Jahre seinen Schrein mit mehr Skeletten zu füllen, als dies China in den Jahren der Schande [1958-1961] gelang.«

Ihm zufolge dürften in Indien zwischen 1947 und 1980 etwa 100 Millionen Menschen an mangelhafter Gesundheitsvorsorge gestorben sein. Aber das zählt natürlich nicht als Verbrechen des demokratischen Kapitalismus. Wenn wir diese Rechnung weltweit aufmachten ... Aber Sen hat recht, es handelt sich nicht um vorsätzliche, sondern um ideologische, institutionelle Verbrechen, für die die kapitalistische Demokratie und ihre Anhänger in dem Maße verantwortlich sind wie die Anhänger des so genannten Kommunismus für die Hungersnot in China. Sie tragen nicht die gesamte Verantwortung, aber einen beträchtlichen Teil.

III. AUS VORTRÄGEN UND DISKUSSIONEN

1. »Warum hassen sie uns?«¹²

Nach dem 11. September taten einige Zeitungen das, was sie schon zuvor hätten tun sollen: Sie untersuchten die öffentliche Meinung im Nahen Osten, um eine Antwort auf George W. Bushs bestürzte Frage zu finden: »Warum hassen sie uns, wo wir es doch so gut meinen?« Wie kann das sein?

Noch bevor er die Frage stellte, hatte das *Wall Street Journal* schon einige Antworten parat, wobei es der Zeitung vor allem um die für sie interessante Klientel der »gut betuchten Muslime« – Bankiers, Rechtsanwälte, Manager von Ablegern transnationaler US-Konzerne usw. – gegangen war. Diese Leute sind mit dem US-System verbunden und lehnen Usama bin Ladin schon deshalb ab, weil sie im Fadenkreuz seiner Aktionen stehen.

Und wie ist ihre Einstellung zu den Vereinigten Staaten? Zwiespältig. Einerseits gehören sie ganz selbstverständlich zum internationalen Wirtschaftssystem, andererseits sind sie dagegen, daß die USA fortwährend korrupte und brutale Regimes unterstützen, statt eine demokratische, unabhängige Entwicklung zu fördern. Ebenso kritisch begegnen sie der einseitigen Förderung der israelischen Palästina-Politik durch die USA und den von ihnen verfügten Sanktionen gegen den Irak, die letztlich dem Regime Saddam Husseins nutzen, der Bevölkerung aber schaden.

Und sie haben nicht vergessen, daß Hussein bei seinen gräßlichsten Greuelthaten, wie etwa dem Einsatz von Giftgas gegen die Kurden, von den USA und Großbritannien, die ihm auch bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen behilflich waren, unterstützt worden ist. Auch in dieser Hinsicht lehnen sie die US-amerikanische Politik ab.

Soweit die Antwort dieser Muslime auf die Frage, »warum sie

uns hassen«. Hierzulande liest man meist etwas anderes: Die Muslime hassen unsere Freiheiten, fühlen sich als Globalisierungsoffer, haben eine »schlechte Kultur« usw.

Wer sich im und mit dem Nahen Osten auskennt, weiß, daß die bisher umrissene Antwort nicht besonders neu ist. Auch wenn man in der Geschichte sehr weit zurückgeht, läßt sie sich finden. Da die USA mit den Jahren, nicht zuletzt als Resultat der Kämpfe von Bürgerrechts- und anderen Bewegungen, ein ungewöhnlich freies Land geworden sind, gibt es hier sehr viel mehr Informationen über hochrangige politische Planungen als in irgendeinem anderen Land der Welt, dazu tonnenweise freigegebene Geheimmaterialien, die zeigen, wie frühere Regierungen ihre Politik geplant und begründet haben.

Im Zusammenhang mit dem Nahen Osten ist 1958 ein besonders interessantes und kritisches Jahr gewesen. Damals scherte der Irak aus dem angelsächsischen Kondominium über die Energiereserven der Welt aus. Das hatte 1953 bereits der Iran versucht, doch war die konservativ-nationalistische Regierung [unter Führung von Mossadegh] durch einen britisch-amerikanisch gesteuerten Militärputsch gestürzt worden.

Dem Irak gelang jedoch der Schritt in die Selbständigkeit, was zu hektischen politisch-militärischen Aktivitäten führte, die bis zur Erwägung reichten, Atomwaffen einzusetzen. Wenn man wissen will, was die amerikanische Regierung damals dachte, muß man sich die entsprechenden Dokumente aus diesem Jahr ansehen.

Man wird dann herausfinden, daß Präsident Eisenhower in einer internen Diskussionsrunde einräumte, daß es in der arabischen Welt »eine Haßkampagne gegen uns gibt«, die »nicht von den Regierungen, sondern von der Bevölkerung« ausgeht. Der Nationale Sicherheitsrat (NSC) analysierte die Ursachen dieser Kampagne und kam zu dem Schluß, daß die Vereinigten Staaten im Nahen Osten so unbeliebt seien, weil sie brutale und korrupte Regimes unterstützten, Demokratisierung und

unabhängige Entwicklung behinderten und im übrigen nur an der Kontrolle über die Energiereserven interessiert seien. Der NSC mußte zugeben, daß dies alles durchaus zutraf. Am 14. September 2003 fand das *Wall Street Journal* auf die Frage, »warum sie uns hassen«, keine andere Antwort als der NSC 1958. Im einzelnen mag sich die Politik der USA geändert haben, in ihren Grundzügen ist sie jedoch gleichgeblieben.

Und die ärmere Bevölkerung reagiert noch sehr viel haßerfüllter als die »gut betuchten Muslime«, denn die Armen sehen nicht ein, warum der Reichtum der Region allein dem Westen und seinen arabischen Handlangern zugutekommen soll.

Die kritischen Stimmen, die auf die von Bush gestellte Frage eindeutige Antworten geben, sind also durchaus vernehmbar, ob 1958 oder jetzt, und sie dürften überall auf der Welt, wo die Menschen nicht von fremden Stiefeln in den Staub getreten werden wollen, ähnlich lauten.

2. Ein Besuch im Westjordanland mit Azmi Bischara¹³

Den unmittelbaren Grund für unsere Zusammenkunft liefert die Aufhebung von Azmi Bischaras parlamentarischer Immunität im Zusammenhang mit den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen: Er hat den Libanesen das Recht zugesprochen, sich gegen eine fremde Besatzung wehren und die Besatzer vertreiben zu dürfen; er hat dazu aufgerufen, die jetzige Intifada als Alternative zur völligen Unterwerfung oder zu einem möglichen Krieg zu unterstützen, und er hat sich um die Zusammenführung von Familien bemüht.

Azmi hat all diejenigen, die ihn unterstützen wollen, gebeten, seinen Fall nicht einfach als Verbot freier Meinungsäußerung zu betrachten, obwohl auch das eine Rolle spielt, sondern offen und unumwunden zu sagen, daß seine Äußerungen richtig sind. Er hat nicht nur das Recht, sich zu äußern, sondern will seine Aussagen auch als zutreffend beurteilt wissen. Dafür gibt es gute Gründe.

Zudem gehe es, meint er weiter, nicht nur darum, was er gesagt habe, sondern daß *er* es gesagt habe. Seine Verurteilung ist ein Angriff auf das Recht israelischer Araber, eine unabhängige politische Haltung einzunehmen. Diese Schlußfolgerung wird durch die Reaktion auf die Angriffe gegen Azmi im Oktober 2000 bekräftigt (damals war Ehud Barak Ministerpräsident). 300 Personen attackierten sein Haus, er selbst wurde durch Polizeigeschosse verletzt. Während dieser Zeit wurden dreizehn israelische Araber getötet, einige von der Polizei. Die Täter kamen ungeschoren davon. Das israelische Friedenslager, zu dem bekannte Intellektuelle gehören, die – zumindest hier – als Gewissen der Nation betrachtet werden, weigerte sich, Azmi zu helfen.

Über diese Vorfälle verlor der Sprecher der Knesset, dessen Aufgabe es eigentlich ist, ihre Mitglieder zu verteidigen, kein Wort. Das habe, wie Azmi schrieb, in moralischer Hinsicht zwischen den Angehörigen des Friedenslagers einerseits sowie ihm, seinen Unterstützern in Israel und den palästinensischen Arabern andererseits einen tiefen Graben aufgerissen. Und auch damit hat er, wie ich meine, recht.

Azmi hat für die im Nahen Osten einzigartige israelische Demokratie und die kulturellen und gesellschaftlichen Errungenschaften, die für ihn »die Konstruktion einer hebräischen Nation« ausmachen, immer großen Respekt bezeugt. Aber diese Errungenschaften gelten nur für die Juden in Israel, dessen arabische Bürger bestenfalls toleriert werden. Ich will hier nicht die ganze Geschichte dieses Zwiespalts aufrollen, die mit den Jahren nicht erfreulicher geworden ist, sondern lediglich einige persönliche Bemerkungen anfügen, die mit einer von mir 1988 unternommenen Reise durch das Westjordanland verbunden sind. Ich erwähne dieses Ereignis, weil es zum einen mit Azmi zu tun hat und zum anderen, wie ich denke, für die gegenwärtigen Probleme von Bedeutung ist. Ich berichtete darüber zuerst in der hebräisch-sprachigen Presse Israels und dann in den Vereinigten Staaten. Einiges davon findet sich in der Neuausgabe meines Buchs *Fateful Triangle*.¹⁴

Damals erwähnte ich nicht, wer mich auf meiner Reise begleitet hatte, weil man in Ländern, wo Unterdrückung herrscht, Personen, die verfolgt werden könnten, schützen muß. Aber nach so vielen Jahren halte ich es für möglich und richtig, das Geheimnis zu lüften.

Zum ersten Mal begegnete ich Azmi um sechs Uhr morgens an einem Apriltag des Jahres 1988. Vor dem Gefängnis von Daharija, das als »Schlachthof« berüchtigt ist, fand eine Demonstration statt. Der »Schlachthof« ist eine Station auf dem Weg zum Gefängnis von Ketziot in der Negev-Wüste, einer schrecklichen Folterkammer, die gewöhnlich »Ansar III«

genannt wird. Ansar I war ein ähnlich fürchterliches Gefängnis im Südlibanon, dessen Funktion enthüllt wurde, nachdem die israelischen Truppen das Land verlassen hatten. In Gaza gab es zudem noch ein Ansar II-Gefängnis.

Die Demonstranten bestanden aus Israelis und ausländischen Teilnehmern an einer akademischen Konferenz, zu denen auch ich gehörte. Nach der Demonstration kletterte ich in Azmis Wagen, und er fuhr mich den ganzen Tag durch das Westjordanland. Wir starteten in Nablus, wo wir die Altstadt besuchten und in der Kasbah mit Aktivisten sprachen. Jeder, der einmal dort gewesen ist, muß angesichts der jüngsten Vorkommnisse Schmerzen empfinden. Man könnte die Straßen jetzt nicht mehr mit einem Auto passieren, nicht einmal mit einem Panzer.

Die Berichte aus Nablus sind noch düsterer als die aus Dschenin. Hier wie dort gab es massive Zerstörungen und viele Tote, und in Nablus sind darüber hinaus noch archäologische Schätze ruiniert worden, die bis in die Römerzeit zurückreichen.

Damals fuhren wir von Nablus aus zu verschiedenen westjordanischen Dörfern; viele von ihnen waren Angriffsziele der israelischen Armee. Einige mußten wir verlassen, als Armee-Einheiten anrückten, weil die Dorfbewohner sich Sorgen machten, was wohl geschehen würde, wenn man Ausländer bei ihnen fände. Sie hatten damit schon in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht.

Wir besuchten auch Beita, das einige Tage zuvor traurige Berühmtheit erlangt hatte. Beita ist ein traditionell-konservatives Dorf in den Hügeln unweit von Ramallah und dürfte mit seinen Hunderte von Jahren alten Häusern sehr reizvoll gewesen sein.

Gleich nach Beginn der ersten Intifada erklärte Beita sich zur befreiten Zone, was einen Angriff der israelischen Besatzungstruppen zur Folge hatte. Als wir dort waren, stand das Dorf unter Belagerung, aber mit Hilfe von Anwälten der in

Ramallah beheimateten Organisation Al-Haq (Gesetz im Dienst des Menschen) konnten wir über Seitenstraßen und, geleitet von Dorfbewohnern aus der Nachbarschaft, durch die Hügel dorthin gelangen. Wir verbrachten in Beita einige Stunden, bis die um 19 Uhr beginnende Ausgangssperre heranrückte, so daß ein längerer Aufenthalt lebensgefährlich geworden wäre.

Damals war Beita von israelischen Truppen angegriffen und teilweise zerstört worden. Der Grund dafür – und für die Belagerung – war folgender: Eine Gruppe israelischer Bewohner der nahegelegenen Siedlung Elon Moreh hatte die zu Beita gehörenden Felder betreten. Die Gruppe wurde von einem Mann namens Romam Aldubi angeführt, einem kriminellen Extremisten. Er war der einzige Jude, dem die Militärbehörden jemals verboten hatten, arabisches Gebiet zu betreten. Die Israelis erschossen auf dem Feld einen Schafhirten. Dann wurden sie nach Beita gebracht, wo sie weitere Personen umbrachten.

Als die Mutter eines der Ermordeten Aldubi mit einem Stein bewarf, feuerte er und tötete dabei das israelische Mädchen Tirza Porat, die zu der Gruppe der Siedler gehörte. Das führte in Israel zu einer hysterischen Reaktion, und es wurden Forderungen laut, das Dorf zu zerstören und die Einwohner zu vertreiben. Zwar wußte die israelische Armee, was geschehen war und teilte es auch öffentlich mit, marschierte aber, vielleicht, um gewalttätige Ausschreitungen seitens der Siedler zu vermeiden, in das Dorf ein und verwüstete es.

Offiziell wurde bekanntgegeben, man habe fünfzehn Gebäude zerstört, zuvor jedoch die Einwohner rechtzeitig gewarnt. Das war eine komplette Lüge. Wir konnten sehen, daß mindestens doppelt so viele Häuser dem Erdboden gleichgemacht worden waren, und die Menschen hatten überhaupt keine Gelegenheit gehabt, das Dorf zeitig zu verlassen. Viele wühlten in den Trümmern nach ihren Habseligkeiten.

Mehrere Dorfbewohner, darunter auch die Mutter und die

schwängere Schwester eines von den Siedlern ermordeten Mannes, kamen ins Gefängnis, sechs andere wurden später des Landes verwiesen. Obwohl bekannt war, daß Aldubi nicht nur die Palästinenser, sondern auch das israelische Mädchen umgebracht hatte, wurde er zwar vor Gericht gestellt, aber nicht bestraft. Die tragischen Ereignisse, so wurde entschieden, seien bereits Strafe genug. Mithin blieben zur Bestrafung nur die Dorfbewohner übrig.

Beita ist nur ein Fall von vielen; solche und ähnliche Bestrafungsaktionen gab es in der Vergangenheit und gibt es bis heute. Als wir uns dort aufhielten, war es – wie häufig im April – kalt und regnerisch. Die Menschen, deren Häuser man zerstört hatte, mußten im Freien leben und sich dort ihr Essen zubereiten; ein traurig stimmender Anblick. Aber die Haltung war erstaunlich: Die Palästinenser wirkten nicht resigniert, sondern ruhig und entschlossen. Als wir sie fragten, ob sie beim Wiederaufbau Hilfe von israelischen Juden annehmen würden, bejahten sie dies, nannten aber Bedingungen. Die Hilfe müsse aufrecht sein und dürfe nicht dazu dienen, das Bild von einem »wunderbaren Israel« aufzupolieren.

»Das wunderbare Israel« ist ein hebräischer Ausdruck der Verachtung für eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Pose. Damit wollten sie nichts zu tun haben, sprachen aber auch nicht von Rache oder Vergeltung.

Ähnliches erfuhr ich zwei Tage später in Ramallah. Auch diese Ortschaft wurde belagert, und wir mußten auf Nebenwegen dorthin gelangen. Als ich in Begleitung eines israelischen und eines arabischen Freundes in Ramallah ankam, war die Stadt seltsam ruhig. Wir gingen zum Krankenhaus, wo wir viele Verwundete vorfanden, jedoch keine Ärzte und kein Personal. Man sagte uns, es habe einen Zwischenfall gegeben, und das Personal sei von der Armee aufgefordert worden, dem Krankenhaus fernzubleiben. Die Verwundeten, darunter auch Kinder, beschrieben, was ihnen zugestoßen war. Viele waren

Opfer israelischer Gewalttaten während der Intifada. Aber auch hier dominierte die Entschlossenheit, weiterzumachen, ohne an Rache und Vergeltung zu denken.

Diese Ereignisse rücken einen sehr interessanten Aspekt der militärischen Besatzung ins Licht. Sie dauert mittlerweile vierunddreißig Jahre und war von Anfang an hart, brutal und repressiv. Sie ging mit dem Raub von Ländereien und Ressourcen einher. Aber es gab keine Vergeltungsaktionen aus den besetzten Gebieten heraus. Dagegen war Israel immun. Von außerhalb kamen Vergeltungsschläge, darunter auch Greuelthaten, die indes nur einen Bruchteil der von Israel begangenen Verbrechen darstellten. Und wenn ich Israel sage, meine ich auch die Vereinigten Staaten, weil Israel innerhalb der von den Vereinigten Staaten festgesetzten Grenzen handelt.

Darum waren die Ereignisse des vergangenen Jahres ein solcher Schock: Die USA und Israel haben das Monopol auf die Anwendung von Gewalt verloren. Sie besitzen zwar nach wie vor die Vorherrschaft, aber nicht mehr das Monopol. Der Angriff vom 11. September war vergleichbar, jedoch besaß er eine globale Dimension. Er war eine furchtbare Greuelthat, aber nichts grundlegend Neues. Es gibt viele solcher Greuelthaten, die indes in anderen Gegenden der Welt verübt werden.

3. Die US-Medien und Palästina¹⁵

Muß man befürchten, daß CNN und MSNBC zu Sprachrohren des US-amerikanischen Militärs werden?

Sie waren es schon immer, allerdings sind sie es heute weniger als in der Vergangenheit. Zum Beispiel MSNBC.¹⁶ Seit dem 11. September sind zumindest die kommerziellen Medien etwas offener geworden. Im November 2001 wurde ich, zum ersten Mal überhaupt, zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Auch Mike Albert und Howard Zinn hatten Gelegenheit, in Sendungen von MSNBC aufzutreten. Das ist etwas grundlegend Neues, darin spiegeln sich Besorgnisse der Öffentlichkeit. Abgesehen davon darf man die Konzentration im Medienbereich nicht unterschätzen, obwohl der Druck, der von anderer Seite ausgeübt wird, bedeutsamer ist.

Wie beeinflußt die Regierung die Medien?

Die Regierung hat damit gar nichts zu tun. Ihre Einflußmöglichkeiten sind äußerst gering. Genausogut könnte man fragen: Wie beeinflußt die Regierung General Motors, damit der Konzern Profite macht? Diese Frage ist unsinnig. Die Medien sind Großkonzerne, und die Interessen von Großkonzernen bestimmen die Politik der Regierung. Die Regierung hat bei uns nicht die Macht, auf die Medien einzuwirken. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten ein außergewöhnlich freies Land, während z. B. in Großbritannien die Regierung die Büros der BBC durchsuchen lassen und dem Sender einen Maulkorb verpassen kann. In den USA treffen die Medien ihre eigenen Entscheidungen.

Was also hält die Medien davon ab, über Ost-Timor und ähnliche Themen zu berichten? Warum gibt es so wenig Dissens? Wollen die Leute das einfach nicht hören?

Warum sollte ein Großkonzern daran interessiert sein, über seine Verwicklung in einen Völkermord zu berichten?

Das sind doch nicht die Konzerne, das ist die Regierung.

Die Konzerne gehören zum System, das die Regierungspolitik beeinflusst. Sie sind an Indonesien als Hegemonialmacht interessiert, und weil das Land Ressourcen besitzt, die wir ausbeuten können. Diese Interessen hat auch Washington. Warum sollten sie offen darüber berichten? Und warum sollten sie die Tatsache offenlegen, daß sie selbst für die Abschachtung von Hunderttausenden von Menschen mitverantwortlich sind? Aus diesem Grund haben sie in den letzten Jahren auch nichts über die Türkei berichtet. Es liegt nicht in ihrem Interesse.

Ein einfaches Beispiel: Die gegenwärtige Intifada in den besetzten Gebieten begann am 29. September 2000. Zwei Tage später, am 1. Oktober, benutzte Israel US-amerikanische Helikopter (eigene besitzt es nicht), um zivile Ziele – Wohnblocks usw. – anzugreifen. Dabei wurden Dutzende von Palästinensern getötet oder verwundet. Das ging zwei Tage lang so. Von palästinensischer Seite fiel kein Schuß, es gab nur Steinwürfe, vor allem durch Jugendliche. Am 3. Oktober schickte Präsident Clinton den Israelis weitere Hubschrauber. Das war der größte Waffenhandel seit zehn Jahren. Die US-Medien weigerten sich, darüber zu berichten. Bis heute haben sie dazu geschwiegen.

Das war eine Entscheidung der Zeitungsherausgeber. Ich kenne einige der Herausgeber des *Boston Globe*, also schloß ich mich einer Gruppe an, die sie aufsuchte, um mit ihnen zu reden.

Sie stellten klar, daß sie darüber keine Berichte bringen werden. Und so hielten es auch alle anderen Zeitungen in den USA, wirklich alle. Das hat jemand per Computer überprüft. Der einzige Hinweis, den er fand, stammte aus einem Leserbrief an eine Zeitung in Raleigh, North Carolina.

Hat nun die Regierung den Zeitungen befohlen, die Story nicht zu veröffentlichen? Nein, denn dann hätten sie den Bericht schon aus Verärgerung gebracht. Sie haben einfach erkannt, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, darauf hinzuweisen, daß ein US-Militärstützpunkt – denn das ist Israel in großem Ausmaß – zunächst US-Helikopter benutzt, um Zivilisten umzubringen, und wir ihnen in der Folge noch weitere Militärhubschrauber schicken.

Das ist ein leicht nachprüfbarer Fall, der sich jedoch verallgemeinern läßt.

Warum behaupten Sie, daß die Vereinigten Staaten den Friedensprozeß im Nahen Osten blockieren, wo doch Clinton anscheinend dabei war, Fortschritte zu erzielen?

Er war tatsächlich dabei, Fortschritte zu erzielen, die beinahe auf das hinausgelaufen wären, was Südafrika vor vierzig Jahren erreicht hatte. Beinahe, nicht ganz.

Worin besteht das Motiv für die Blockade?

Israel ist ein Militärstützpunkt der USA, das ist das Motiv. Es ist ein starkes Motiv. Israel gehört, wie die Türkei, zu den Staaten, die im Interesse der USA die Nahostregion militärisch kontrollieren. Dagegen haben die Palästinenser nichts zu bieten. Sie haben keine Macht und keinen Reichtum und folglich auch keinerlei Rechte.

Wäre ein Frieden nicht besser als die augenblickliche Situation?

Das hängt von der Art des Friedens ab. In letzter Konsequenz könnten die Vereinigten Staaten einer ähnlichen Lösung zustimmen, wie sie Südafrika vor vierzig Jahren gefunden hat, als die Regierung der Errichtung von Staaten mit schwarzer Bevölkerung – den sogenannten Bantustans – den Weg ebnete. Das waren die dunkelsten Jahre der Apartheid. Vielleicht räumen die USA den Palästinensern eine Art Bantustan in den besetzten Gebieten ein. Das würde mich nicht überraschen, und die amerikanische Regierung hielte es wahrscheinlich für eine äußerst raffinierte Lösung des Problems.

Natürlich wäre dieser Staat genauso konstituiert wie die Transkei, also nicht wirklich unabhängig, denn das stünde den Machtinteressen Israels im Wege. Israel ist ein Außenposten der amerikanischen Macht und muß es bleiben, um seine eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Clintons Plan war also nur heiße Luft.

Keineswegs. Hat man im Zusammenhang mit diesem Plan jemals eine Landkarte gesehen? Nein, und der Grund dafür liegt auf der Hand. In der gesamten Presse ist niemals eine Karte veröffentlicht worden, denn sonst hätte man sofort erkannt, worauf der Plan hinauslief: Das Westjordanland sollte in vier großenteils voneinander getrennte Kantone aufgeteilt werden, wobei Ost-Jerusalem – das Zentrum des palästinensischen Lebens und eines der Kantone – von allen anderen abgeschnitten sein würde. Dazu käme dann noch der Gaza-Streifen, der, gleichfalls isoliert, auch in Kantone unterteilt werden sollte. Das war noch schlimmer als die südafrikanischen Bantustans.

Auf welche Weise dient Israel den Interessen der Vereinigten Staaten?

Das ist eine lange Geschichte. Bereits 1958 meinten US-Geheimdienste, daß die Unterstützung für Israel eine »logische Begleiterscheinung« des israelischen Kampfs gegen den unabhängigen arabischen Nationalismus sein müsse. Israel könnte eine Macht werden wie die Türkei oder der Iran unter dem Schah; eine Macht, die die auf Unabhängigkeit bedachten Kräfte in den arabischen Ländern im Zaum halten würde. Damals schenkten die USA dieser Möglichkeit keine sonderliche Beachtung.

1967 jedoch erwies Israel den Vereinigten Staaten einen großen Dienst: Es zerschlug den arabischen Nationalismus, besiegte Nasser, der hier die treibende Kraft war und zudem die Herrschaft der saudi-arabischen Elite bedrohte. Nun avancierte Israel zum bevorzugten Bündnispartner der USA und zugleich zum Liebling der amerikanischen liberalen Intellektuellen, die sich vorher nicht weiter um Israel gekümmert hatten.

1970, während des Schwarzen September,¹⁷ verschärfte sich die Situation noch. Damals sah es für kurze Zeit so aus, als würde Syrien Aktionen zum Schutz der Palästinenser unternehmen, die in Jordanien niedergemetzelt wurden. Die USA konnten nicht eingreifen, weil sie bis zum Hals im Vietnamkrieg steckten und unbedingt Kambodscha bombardieren mußten. Sie baten Israel, die Luftwaffe zu mobilisieren und Syrien unter Druck zu setzen. Das tat Israel, und Syrien lenkte ein. Die Palästinenser wurden weiterhin ermordet, und die Militärhilfe an Israel vervierfachte sich.

Als 1979 der Schah, eine Hauptstütze der US-amerikanischen Macht, ins Exil gehen mußte, wurde Israels Rolle noch gewichtiger. Das ist bis heute so geblieben. Die größte

ägyptische Tageszeitung veröffentlichte vor kurzem einen Artikel mit der Überschrift »Achse des Bösen«. Gemeint waren die USA, Israel und die Türkei. Diese Mächte richten sich gegen die arabischen Staaten; es ist ein festes Bündnis, das auch gemeinsame Militärmanöver abhält. Israel ist der verlässlichste und stärkste Partner und mittlerweile vollständig in die amerikanische Militärökonomie integriert.

Im Gegensatz dazu sind die Palästinenser für die US-Regierung etwa so wertvoll wie die Bevölkerung von Ruanda.

Gefährdet dieses Bündnis nicht die Beziehungen zu einigen arabischen Staaten, die anderenfalls sehr viel engere Bindungen zu den USA eingehen würden?

Genau deshalb hat Washington Sharon sehr höflich gebeten, die Panzer und Truppen aus den palästinensischen Städten wieder abzuziehen, weil sonst Dick Cheneys Mission hätte fehlschlagen können. Nun ja, Washington spricht und Israel gehorcht. Die Streitkräfte wurden tatsächlich sofort abgezogen. Doch darf man nicht vergessen, daß die politischen Führer der arabischen Staaten nicht völlig anti-israelisch eingestellt sind, weil sie wissen, daß Israel zu dem System gehört, das sie vor ihrer eigenen Bevölkerung schützt.

Und sie hätten gerne eine Entschuldigung für ihre stärkere Unterstützung der US-Politik, wenn Israel sie nur ließe.

Sie würden es lieber sehen, wenn Israel sich zurücknehme und nicht so viele Menschen umbrächte. Schließlich dreht sich in dieser Region alles ums Öl.

4. Was können wir tun?¹⁸

Der UN-Beauftragte für Ruanda, General Romeo Dallaire, hat sich in einer Rede sehr enttäuscht über das Desinteresse der großen Mächte am Völkermord in Ruanda und anderen afrikanischen Staaten gezeigt und von einem inhärenten Rassismus gesprochen, der solche Vorkommnisse ermögliche. Teilen Sie diese pessimistische Auffassung?

Ich denke nicht, daß es sich um Rassismus gehandelt hat. Er bezog sich in seiner Rede auf das, was 1994 in Ruanda geschah, aber das hat ja eine lange Vorgeschichte. Vor mehr als dreiundzwanzig Jahren haben Edward Herman und ich in einem Buch den mörderischen Krieg zwischen den Hutu und den Tutsi in Ruanda und Burundi erörtert, bei dem Hunderttausende ums Leben kamen. Damals wie später hat sich der Westen nicht dafür interessiert, ebensowenig wie für den Bürgerkrieg der letzten Jahre im Kongo, der möglicherweise einige Millionen Opfer gefordert hat. Solange die Interessen des Westens von solchen Massakern unberührt bleiben, wird er nichts zu ihrer Beendigung tun.

Das alles hat mit Religion oder Hautfarbe nichts zu tun. Die Frage ist, ob die Interessen der USA davon berührt werden. Dallaire kritisiert unsere mangelnde Bereitschaft, in mörderische Konflikte einzugreifen und sie zu beenden. Unvergleichlich viel schlimmer aber ist unsere Bereitschaft, uns an solchen Konflikten zu beteiligen. Es ist viel schlimmer, wenn wir, statt einfach nichts zu tun und zuzuschauen, den Mördern auch noch die Waffen liefern.

Dallaires Kritik ist richtig, geht aber nicht weit genug. In der *New York Times Review of Books* las ich diese Woche einen flammenden Artikel von Samantha Power, der Leiterin des Carr

Center for Human Rights Policy (Universität Harvard, Kennedy School of Government), in dem sie unser tragisches Versagen beklagt, wenn es darum geht, etwas gegen die Greuelthaten anderer Völker zu unternehmen. Das ist eine Art Charakterschwäche. Auf jeden Fall ist es ein Problem.

Viel grundlegender ist jedoch ein Problem, das der Artikel nicht erwähnt, nämlich die Tatsache, daß wir vielen Greuelthaten durchaus Aufmerksamkeit widmen, indem wir sie durch unser Eingreifen noch fördern und ihnen unseren Beifall zollen. Die Kurden in der Türkei sind nur ein Beispiel von vielen. Aber darüber schreibt man keine Artikel, weil niemand sie veröffentlichen würde, und geschähe dies doch, würde niemand, schon gar nicht die Intellektuellen, verstehen, wovon die Rede ist.

Sie meinten, daß wir als Bürger nicht den Mächtigen die Wahrheit sagen sollten, sondern der Bevölkerung. Sollten wir nicht beides tun?

Das ist vielleicht der einzige Punkt, in dem ich meinen Freunden, den Quäkern, nicht beipflichten kann, auch wenn ich alle ihre praktischen Aktivitäten für richtig halte. Die Mächtigen kennen die Wahrheit bereits und müssen sie nicht allererst von uns erfahren. Es ist also Zeitverschwendung und zudem das falsche Publikum. Wir müssen mit denen sprechen, die ein Interesse daran haben, Macht zu beschränken oder zu beseitigen. Abgesehen davon, mag ich den Ausdruck »die Wahrheit sagen« nicht besonders. Wir kennen die Wahrheit nicht. Ich jedenfalls kenne sie nicht.

Wir sollten uns mit denjenigen verbünden, die sich dem Kampf gegen die Macht verschrieben haben, und ihnen zuhören. Oftmals wissen sie mehr als wir. Und mit ihnen gemeinsam sollten wir das Richtige tun. Den Mächtigen die Wahrheit zu

sagen, scheint mir dagegen nutzlos. Warum sollte ich den Leuten um Bush mitteilen, was sie schon wissen?

Sollte man, aus Protest gegen die Verwendung von Steuergeldern für militärische Aktionen, einfach keine Steuern mehr zahlen?

Wie ich schon sagte, traue ich meiner eigenen taktischen Urteilsfähigkeit nicht unbedingt. Ich selbst habe, zusammen mit ein paar Freunden, 1965 versucht, eine nationale Steuerverweigerungsbewegung ins Leben zu rufen. Der Erfolg war nicht übermäßig groß, aber eine beträchtliche Anzahl von uns zahlte einige Jahre lang keine Steuern; in meinem Fall waren es zehn Jahre. Ob das irgendwelche politischen Auswirkungen hatte, kann ich nicht beurteilen; ich weiß aber, was einigen Verweigerern passiert ist.

Die Regierung reagiert nach einer Art Zufallsprinzip. In manchen Fällen kann die Steuerbehörde sehr hartnäckig sein, Häuser und anderes Eigentum beschlagnahmen usw. In meinem Fall beschränkte sich das Vorgehen auf drängende Briefe an den IRS [Internal Revenue Service, eine Art Finanzamt für die private Einkommensteuer], die dort von einem Computer gelesen wurden, der mir einen Formbrief schickte, wo das Übliche drin stand. Da es in meinem Fall keine Möglichkeit gibt, die Steuerzahlung zu umgehen, zogen sie mir die Steuern samt einer Strafgebühr vom Gehalt ab. Das war alles:

Ob eine wirklich breite Steuerverweigerungsbewegung, die zu organisieren uns damals nicht gelang, tatsächlich etwas bewirken könnte, vermag ich nicht zu sagen. Das sind taktische Erwägungen, deren Folgen ich nicht abschätzen kann. Da ich meinen eigenen Ratschlägen mißtraue, sollten Sie es auch tun.

Sollte man angesichts der US-amerikanischen Verbrechen im

Ausland gegen jene Konzerne und Firmen mit Sanktionen vorgehen, die durch die Verbreitung von Waffen zu ethnischen Spannungen und kriegesischen Konflikten beitragen?

Das ist ein wichtiges Thema, das schon lange diskutiert wird und auch in Zukunft weiter diskutiert werden sollte. Es ist eine taktische Frage von allergrößter Bedeutung, weil die Beantwortung taktischer Fragen Folgen für die Menschheit hat.

Aber man muß sein Urteil sorgfältig abwägen: Wie lassen sich die Folgen eines solchen Vorgehens unter den gegenwärtigen Umständen abschätzen, wen erreicht man damit, wie werden die Menschen es auffassen, kann es die Grundlage für weiter gefaßte Bestrebungen sein usw.?

Bisweilen waren solche Kampagnen erfolgreich, wie etwa im Fall von Südafrika. Noch 1988 galt Nelson Mandelas ANC (African National Congress) der US-Regierungspolitik als Terroristenorganisation und Südafrika, trotz seiner beispiellosen, von den USA und Großbritannien unterstützten Verbrechen in den angrenzenden Ländern, als Bündnispartner.

Im Dezember 1987 hatten die Vereinten Nationen eine wichtige Resolution verabschiedet, die den Terrorismus in all seinen Formen verurteilte und alle Länder aufforderte, für die Beseitigung dieser Pest zu sorgen. Bei der Abstimmung gab es eine Enthaltung durch Honduras und zwei Neinstimmen, die von Israel und den USA kamen. Die beiden Länder begründeten ihre Haltung mit der Ablehnung eines Paragraphen der Resolution, in dem es hieß: »Nichts in dieser Resolution kann das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit für Völker, die dieses Rechts gewaltsam beraubt sind, schmälern ... Das gilt insbesondere für Völker unter kolonialistischen und rassistischen Regimes oder ausländischer Besatzung oder anderen Formen kolonialer Herrschaft ... Ebenso bleibt davon das Recht dieser Völker, für

solche Ziele [wie Selbstbestimmung usw.] zu kämpfen und in diesem Kampf unterstützt zu werden, unberührt.« Israel und die USA hatten natürlich begriffen, daß die Redeweise von den »kolonialistischen und rassistischen Regimes« sich auf Südafrika bezog, wo dem ANC als »Terroristenorganisation« nicht das Recht zuerkannt werden durfte, gegen die Apartheid zu kämpfen. Und die Wendung »ausländische Besatzung oder andere Formen kolonialer Herrschaft« zielte auf Israels Politik im Westjordanland und im Gaza-Streifen, die ebenfalls von den USA gedeckt und gefördert wurde und wird.

Das war 1988. Innerhalb der nächsten Jahre jedoch sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, ihre Haltung gegenüber Südafrika zu verändern. Dazu hatten Boykottmaßnahmen und andere Sanktionen gegen bestimmte Konzerne beigetragen, die diesen zwar keinen großen Schaden zufügten, aber von beträchtlicher symbolischer Kraft waren. Zwar hatte es zuvor schon ein Embargo gegen Südafrika gegeben, das jedoch, weil es nicht beachtet wurde, die Handelsbeziehungen eher förderte, bis der öffentliche Druck zu einer Veränderung der amerikanischen Politik führte. Vielleicht könnte ein entsprechender Druck auch im Falle Israels etwas bewirken. Es gibt bereits Vorschläge für Kampagnen gegen die amerikanische Militärhilfe und die darin verwickelten Konzerne.

Man muß dabei allerdings berücksichtigen, daß, wenn von Waffenproduzenten die Rede ist, nahezu die gesamte High-Tech-Ökonomie darunter fällt. Wenn man sich die von der Regierung gewährten Subventionen anschaut, bemerkt man, daß in den letzten Jahren der Biotech-Bereich in zunehmendem Maße gefördert worden ist. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Zum einen weiß jeder Senator oder Kongreßabgeordnete – und die auf dem rechten Flügel noch besser als die anderen –, daß zu einer florierenden Wirtschaft ein dynamischer staatlicher Sektor gehört, bei dem die Öffentlichkeit die Kosten und Risiken trägt, während die Gewinne den Konzernen zufließen. Das nennt man

freies Unternehmertum. Und die entscheidenden Wirtschaftsfaktoren der Zukunft werden die Bio- und Gentechnologien sein. Also muß, unter dem Vorwand der Bekämpfung des Bioterrorismus, sehr viel Geld in die Grundlagenforschung gesteckt werden.

Es ist schon erstaunlich, was sich unter diesem Deckmantel abspielt. Vor kurzem erst hat die US-Regierung das seit sechs Jahren angestrebte Ziel, eine Verifikationsprozedur für den Vertrag über Maßnahmen gegen den Bioterrorismus festzulegen, scheitern lassen. Die Regierung Clinton war vor allem gegen diese Prozedur, weil sie die Interessen der pharmazeutischen und biotechnologischen Konzerne beeinträchtigen könnte, die sich nicht in die Karten schauen lassen wollen.

Die Regierung Bush hat nun der ganzen Sache ein Ende bereitet. Schluß und aus. Es gab dafür noch andere Gründe als den eben erwähnten. Möglicherweise verletzen die USA die bereits existierenden Verträge zur Bekämpfung des Bioterrorismus, indem sie versuchen, impfstoffresistente Anthrax-Viren zu erzeugen, die für Mikrobiologen der reinste Alptraum sind. Das ist zwar längst verboten, aber offensichtlich haben die Vereinigten Staaten es versucht, und es gibt noch eine ganze Reihe ähnlicher Projekte. Hauptsächlich jedoch geht es darum, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen zu entwickeln, die die Vorherrschaft der USA in der zukünftigen Biotech-Industrie absichern. »Waffenproduktion« ist also eine sehr weit gefaßte Kategorie.

Vielleicht können wir aus jedem Sektor vier oder fünf repräsentative Konzerne auswählen.

Das wäre möglich. Das sind natürlich nur symbolische, aber zugleich unendlich wichtige Gesten, insbesondere, wenn man ihren erzieherischen und organisatorischen Effekt bedenkt. Man

sollte sich nicht der Illusion hingeben, daß es gelingen könnte, waffenproduzierende Betriebe zu schließen, weil das die gesamte Wirtschaft lahmlegen würde. Aber ein solches Vorgehen kann, wie im Falle Südafrikas, zu einer Veränderung der Politik führen.

5. Weltmacht USA¹⁹

Wie erklären Sie den jüngsten Wandel in der US-Politik hin zur Unterstützung Palästinas und der möglichen Schaffung eines palästinensischen Staats?

Ich erkläre ihn auf die gleiche Weise wie den Wandel in der US-Politik hin zur Auflösung des militärischen Systems und seiner Aushändigung an Liechtenstein. Da nichts dergleichen geschehen ist, gibt es auch nichts zu erklären. Es hat kein Wandel stattgefunden. Das Ganze ist eine einzige Farce. Dick Cheney tourt durch den Nahen Osten, um Unterstützung für den bevorstehenden Krieg gegen den Irak zu bekommen, was ziemlich schwierig ist, weil keiner ihn will.

Ein Problem sind die israelischen Panzer in Ramallah. Im Grunde sind das keine israelischen Panzer, wie auch die Kampfhubschrauber keine israelischen, sondern US-amerikanische Kampfhubschrauber sind. Sie werden von israelischen Piloten geflogen und in den USA gebaut, während wir den Bau von Panzern in Israel subventionieren.

In dieser Hinsicht ist Israel ein militärischer Außenposten der USA. Und die Aktionen der israelischen Armee sind von den USA genehmigte oder befürwortete Aktionen. Wenn sie die gesetzten Beschränkungen auch nur um einen Millimeter überschreiten, meldet sich eine ruhige Stimme aus Washington, die sagt: »Das war's.« Und sofort ziehen die Israelis sich zurück. Das ist so ähnlich wie bei der Mafia: Wenn ein Don Befehle gibt, macht der Revolvermann keine Sperenzchen.

Der Wandel in der Palästina-Politik bestand darin, daß die Vereinigten Staaten Israel aufgefordert haben, während Cheneys Nahostreise einigermaßen ruhig zu bleiben, damit er seinen

Auftrag ausführen kann. Zum ersten Mal seit fünfundzwanzig Jahren haben die USA im UN-Sicherheitsrat eine Resolution zu Israel unterstützt, was beträchtlichen Wirbel verursachte. Allerdings vergaß man darüber den Inhalt der Resolution, der nicht mehr besagte, als daß die Welt eine Vision von zwei Staaten in der Nahostregion hat, nämlich Israel und, vielleicht irgendwo in der saudi-arabischen Wüste, Palästina. Ansonsten haben die USA, wie seit fünfundzwanzig Jahren, eine diplomatische Regelung des Konflikts verhindert. Außerdem stemmt sich Washington auch weiterhin gegen die Durchsetzung selbst der elementarsten Maßnahmen, die zur Verringerung der Gewalt führen könnten.

Eine Frage seitens des Afghanischen Studentenverbands: Welche Ziele verfolgen die Vereinigten Staaten in Afghanistan im Hinblick auf die Bildung und Unterstützung der neuen Regierung?

Das hängt auch von uns Bürgern ab. Die neue Regierung ist von den USA ausgewählt worden. Vielleicht war es eine gute Wahl, vielleicht auch nicht. Aber Hamid Karsai war nun einmal Washingtons Kandidat und wurde den Afghanen aufgezwungen, ob sie ihn nun haben wollten oder nicht.

Meiner Meinung nach sollten die USA und Rußland mehr tun, als nur Hilfe leisten: Sie sollten Reparationen zahlen, weil sie Afghanistan in den letzten zwanzig Jahren zerstört haben. Und die Verantwortlichen sollten vor Gericht gestellt werden. Aber das wird natürlich nie geschehen. Wir können nur hoffen, daß sie einiges tun, um die von ihnen angerichteten Schäden zu beseitigen.

Viel mehr wird nicht geschehen, wenn wir keinen Druck auf die Regierung ausüben. Es gibt Kräfte in den Vereinigten Staaten, die meinen, daß selbst die Hilfe, die wir Afghanistan

gewähren, überflüssig ist. Die Zeitschrift *The New Republic*, die als führende Publikation des amerikanischen Liberalismus gilt, vertritt die Auffassung, wir sollten unsere »Besessenheit, Nationen aufzubauen« überwinden und Afghanistan sich selbst und seinen Ruinen überlassen. Aber zum Glück gibt es noch andere Stimmen, und was die Regierung tut, hängt auch davon ab, was die Leute in Amerika wollen.

Ist es nicht eine ziemliche Vereinfachung von Ihnen, die Vereinigten Staaten überall auf der Welt als »Reich des Bösen« am Werk zu sehen?

Ist es eine Vereinfachung von mir, die Vereinigten Staaten überall auf der Welt als »Reich des Bösen« am Werk zu sehen? Ja, das wäre eine übermäßige Vereinfachung. Genau darum habe ich betont, daß die Vereinigten Staaten sich wie jede andere Macht verhalten. Sie sind mächtiger als andere und darum auch gewalttätiger. Aber andere Staaten haben sich ebenso verhalten. Als die Briten die Welt regierten, waren sie auch nicht anders.

Nehmen wir als Beispiel die Kurden. Was hat Großbritannien mit ihnen gemacht? Ich gebe Ihnen eine kleine Lektion in Geschichte, die in britischen Schulen nicht erteilt wird. Wir kennen sie aus Geheimdokumenten, die zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Vor dem Ersten Weltkrieg war Großbritannien die Weltmacht Nr. 1 gewesen, danach jedoch entscheidend geschwächt. Aus den Geheimdokumenten erfahren wir, daß die Briten sich Gedanken über ihre Vorherrschaft in Vorderasien machten, weil sie nicht mehr über die Mittel verfügten, dort als Besatzungsmacht aufzutreten.

So wurde die Idee entwickelt, den Raum von der Luft aus zu beherrschen. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs waren Kampfflugzeuge zunehmend wichtiger geworden, und die

Briten sahen darin ein kostengünstiges Mittel, um den Widerstand der Völker im Nahen Osten zu brechen. Winston Churchill, der damals Kolonialminister war, wollte noch weitergehen. Das britische Luftwaffenamt in Kairo bat ihn in einer Anfrage um Erlaubnis, »gegen widerspenstige Araber« Giftgas einzusetzen.

Bei diesen »Arabern« handelte es sich zwar um Kurden und Afghanen, aber das ist dem Rassisten, wenn er Araber töten will, egal. Die Frage war also, ob Giftgas, das im Ersten Weltkrieg schreckliche Verheerungen angerichtet hatte, zum Einsatz kommen sollte.

Das Dokument wurde weitergereicht, weckte aber im britischen Reichsamt für Indien (dem »India Office«) keine Begeisterung. Man befürchtete zusätzliche Probleme wie Aufstände u. dgl. Churchill zeigte sich davon unbeeindruckt. Er meinte:

»Ich kann diese Zimperlichkeit bei der Verwendung von Gas nicht verstehen ... Ich bin sehr dafür, Giftgas gegen unzivilisierte Stämme einzusetzen ... Es ist nicht notwendig, nur die tödlichen Gase einzusetzen; es können auch solche sein, die große Unannehmlichkeiten bereiten und Schrecken verbreiten und doch keine bleibenden Schäden bei den meisten Betroffenen hinterlassen ... Wir können nicht in jedem Fall der Nichtverwendung von Waffen zustimmen, die in der Lage wären, eine schnelle Beendigung der an der Front vorherrschenden Unordnung zu bewirken. Das Leben von britischen Bürgern könnte gerettet werden. Wir werden alle Mittel nutzen, die uns die Wissenschaft zur Verfügung stellt.«

So geht man als Brite mit Kurden und Afghanen um. Was geschah daraufhin? Das wissen wir leider nicht genau, weil die britische Regierung vor zehn Jahren mit einer »Politik der

offenen Tür« für den Bürger transparenter werden wollte, zuvor aber aus den öffentlichen Archiven alle relevanten Dokumente entfernen (und wahrscheinlich vernichten) ließ, die mit dem Luftkrieg gegen die Kurden und Afghanen in Zusammenhang standen.

Immerhin konnten die Briten nach dem Ersten Weltkrieg alle Versuche, den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung zu verbieten, erfolgreich abwehren, worüber große Staatsmänner wie Lloyd George hoch erfreut waren: »Wir haben uns das Recht vorbehalten, Nigger zu bombardieren«, meinte er 1932.

Soviel zu Großbritannien.

Wenn wir uns noch weitere Länder anschauen, sei es Belgien oder Deutschland oder Frankreich, finden wir eine ähnliche Situation. Den Franzosen etwa ging es, so ihr Kriegsminister, in Algerien darum, »die einheimische Bevölkerung auszurotten«. Das gehörte zu ihrer zivilisatorischen Mission, wie andererseits die Ermordung von einhunderttausend Filipinos durch das US-Militär vor einhundert Jahren zur zivilisatorischen Mission der Vereinigten Staaten gehörte.

Mithin wäre es falsch, die Vereinigten Staaten als »Reich des Bösen« zu bezeichnen. Sie waren nach 1945 der mächtigste Staat der Welt und sind es bis heute geblieben.

War die US-Intervention in Jugoslawien ein Akt der Humanität und infolgedessen gerechtfertigt?

Das ist eine lange Geschichte. Die Politik der USA hat sich fortwährend geändert. Anfänglich, vor etwa zehn Jahren, war Washington die stärkste Stütze des damals noch vereinten Jugoslawien. Als Slowenien und Kroatien 1991 den Bundesstaat verließen, wurden sie sehr schnell von Deutschland anerkannt, das seine eigenen Interessen in der Balkanregion wahrnahm und dabei die Rechte der serbischen Minderheit unberücksichtigt

ließ, was zwangsläufig zur Katastrophe führen mußte.

Die Vereinigten Staaten wandten sich zunächst gegen diese Politik, aber als die Großmächte ihr Balkanschach begannen, entschied Washington sich für Bosnien als Spielfigur. Die US-Regierung blockierte eine Friedensregelung, die durchaus sinnvoll gewesen wäre, nämlich den sogenannten Vance-Owen-Plan, der von dem ehemaligen US-Außenminister Cyrus Vance und dem Briten David Owen entwickelt worden war. Er war nicht unproblematisch, unterschied sich aber nicht wesentlich von dem, was nach jahrelangen mörderischen Konflikten am Ende herauskam.

Die Vereinigten Staaten übten auf die bosnische Regierung Druck aus, den Plan abzulehnen, was voraussehbarerweise in der Folgezeit zu Mord und Totschlag führte. Schließlich griffen die USA ein und erzwangen 1995 das Abkommen von Dayton. Das alles dürfte man kaum als von humanitären Absichten geleitet bezeichnen. Die einzelnen Entscheidungen mögen richtig oder falsch gewesen sein, aber humanitäre Erwägungen waren schlichtweg nicht vorhanden. Das gilt in noch größerem Maße für das Kosovo, dessen Bombardierung ausgezeichnet dokumentiert ist.

Gerade die Bewertung der Kosovo-Aktionen ist sehr interessant. Viele Kommentatoren äußerten sich enthusiastisch über eine »neue Ära in der Menschheitsgeschichte«, der »humanitären Intervention« usw. Diese Selbstbeweihräucherung ignoriert die umfassenden Dokumentationen des US-Außenministeriums, der NATO, der Europäer, der Kosovo-Verifikationsmission, der OECD, der Vereinten Nationen und der am Konflikt beteiligten Regierungen der Balkanstaaten. Diese Dokumente belegen, was wirklich geschah.

Die Literatur über den Balkankrieg nimmt von alldem keinerlei Notiz. Soweit ich weiß, sind meine Bücher *The New Military Humanism* und *A New Generation Draws the Line*²⁰ die einzigen, die das reichhaltige Material gesichtet haben.

Daraus läßt sich folgendes ablesen: Es sind dort grauenhafte Dinge geschehen. Nicht so schlimm wie in der Türkei, aber schlimm genug. Die aggressivsten Falken im westlichen Bündnis waren die Briten. Sie drängten auf den Krieg.

Im Januar 1999, zwei Monate vor der Bombardierung Serbiens, schrieb die britische Regierung die meisten Greuelthaten der Kosovo-Befreiungsarmee (KLA-UCK) zu und ging, wie auch die Dokumentation der NATO, davon aus, daß die KLA die Grenze überquerte, um Verbrechen gegen die Serben zu begehen und diese zu unverhältnismäßig scharfen Reaktionen zu provozieren, die sie nutzen wollten, um den Westen zu alarmieren.

In diese Zeit fällt das Massaker von Racak, das, so die spätere Doktrin, den Meinungswandel im Westen bewirkt haben soll. Dennoch hielten die Briten und die Amerikaner nach wie vor die KLA für die eigentliche terroristische Kraft. Die Dokumente zeigen, daß sich in den nächsten beiden Monaten an der Situation im Kosovo und in Serbien nichts änderte, bis die Verifikationskommission sich aus dem Kosovo zurückzog, um die Bombardierung zu ermöglichen.

Erst nachdem die Bomben fielen, kam es zu den entsetzlichen Greuelthaten. Wenn man sich die Prozesse vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anschaut, bemerkt man, daß es dabei um Verbrechen geht, die nach der Bombardierung begangen wurden. Erst die Bomben und die damit verbundene Drohung einer Invasion führten zu Massakern, Vertreibungen usw. Daß die Flüchtlinge später in ihre Heimatorte zurückkehren konnten, wurde als große Errungenschaft gefeiert, wobei man die Tatsache übersieht, daß erst die Bombardierung die Menschen zu Flüchtlingen machte. Insofern sind die Rückführungsaktionen kaum humanitär zu nennen.

Das sind die Tatsachen. Die Aktionen mögen gut oder schlecht gewesen sein, humanitär waren sie nicht. Sie dienten anderen

Zwecken.

In den vergangenen Monaten haben Mainstream-Medien wie CNN usw. damit begonnen, die israelische Unterdrückung und die auf Völkermord hinauslaufenden Sanktionen gegen den Irak zu diskutieren. Hat der 11. September da einiges bewirkt?

Ich sehe normalerweise nicht CNN, also kann ich dazu nichts sagen. Allerdings war ich im November vorigen Jahres diesem Sender einen Monat lang ausgesetzt, als ich mit meiner Frau Indien bereiste, wo es schwierig war, internationale Tageszeitungen zu bekommen. Also schauten wir jeden Abend CNN, eine Quälerei. Was Sie erwähnten, habe ich nicht beobachten können; ich fand, es war alles patriotisches Gewäsch. In der Presse jedenfalls, die ich regelmäßig lese, kann ich keine Veränderung der Einstellung zu den Sanktionen oder zu Israel entdecken, außer wenn die israelische Politik den Interessen der Vereinigten Staaten ins Gehege kommt.

Ansonsten leistet Washington Israel weiterhin diplomatische und militärische Unterstützung und verhindert, wie schon unter Clinton, eine diplomatische Lösung des Konflikts. Nehmen wir nur ein Beispiel, nämlich die Vierte Genfer Konvention.

Die Genfer Konventionen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert, um die NS-Verbrechen zu Kriegsverbrechen erklären zu können. Zu den Signatarstaaten gehören auch die USA, die sich damit verpflichtet hatten, für die Durchsetzung der Konventionen zu sorgen. Unterlassen sie dies, gilt auch das als Verbrechen.

Die Vierte Genfer Konvention bezieht sich auf Territorien, die unter militärischer Besatzung stehen. Gilt sie damit auch für die von Israel besetzten Gebiete? Hier geht ein Riß durch die Welt: Die Welt sagt ja, Israel nein. Die Vereinigten Staaten, die zuvor ebenfalls ja gesagt hatten, enthalten sich seit Clinton der

Stimme, um nicht vollends gegen ein Kernstück internationalen Rechts zu stimmen, das zudem einen konkreten politischen Hintergrund, nämlich die nationalsozialistischen Greuelthaten hat.

Im Oktober 2000, kurz nach Beginn der Zweiten Intifada, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat erneut eine Resolution, in der festgestellt wurde, daß die Genfer Konventionen auch für die von Israel besetzten Gebiete gelten. Es gab vierzehn Ja-Stimmen und keine Gegenstimme. Die USA enthielten sich. Damit ist die Resolution internationales Recht und besagt, daß alles, was die USA und Israel in den besetzten Gebieten tun – Siedlungen bauen, Truppen entsenden usw. – illegal ist.

Das ist die tatsächliche Politik. Da Verschiebungen sehen zu wollen, ist meiner Meinung nach eine Illusion.

Wie wurden die Muslime nach dem 11. September von den US-Medien behandelt?

Besser, als ich erwartet hatte. Man hat sich sehr bemüht, nicht alle Muslime unterschiedslos für das Attentat verantwortlich zu machen. Sie wurden nicht stigmatisiert, was leicht hätte geschehen können. Es gibt in den USA viel anti-arabischen und anti-muslimischen Rassismus. Es ist gewissermaßen die letzte legitime Form des Rassismus – legitim in dem Sinne, daß man ihn nicht leugnen muß.

Aber er hat nach dem 11. September nicht wesentlich zugenommen; vielmehr gab es Versuche, ihn zu dämpfen.

Vor kurzem hat Präsident Bush den Iran zu den Ländern gezählt, die die »Achse des Bösen« bilden und mit militärischen Aktionen gedroht. Wird es einen Angriff auf den Iran geben?

Der Terminus »Achse des Bösen« ist ein Einfall von Bushs Redenschreibern; damit soll die Öffentlichkeit in Angst und Schrecken versetzt werden. »Achse« erinnert an die sogenannten Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg, Deutschland und Italien. Bushs »Achse des Bösen« ist allerdings keine. Iran und Irak haben zwanzig Jahre lang gegeneinander Krieg geführt, und Nordkorea hat mit den beiden Staaten nicht mehr zu tun als Frankreich. Vielleicht wurde Nordkorea mit in den Topf geworfen, weil es ein leichtes Ziel ist. Wenn man da Bomben abwirft, stört das im Westen weiter keinen. Außerdem ist Nordkorea nicht muslimisch und lenkt von der Vorstellung ab, die Muslime seien der eigentliche Feind. Lassen wir Nordkorea also beiseite.

Was ist mit dem Iran? Werfen wir einen Blick auf die Geschichte. Während der letzten fünfzig Jahre galt der Iran bisweilen als »gut« und bisweilen als »böse«. Wenn man sich die Verlaufskurve ansieht, erhält man eine Antwort auf die Frage, ob es einen Angriff geben wird.

1953 war der Iran der Inbegriff des Bösen, weil eine vom Volk gewählte konservativ-nationalistische Regierung sich der landeseigenen Ressourcen bemächtigen wollte, die bis dahin unter britischer Kontrolle gewesen waren. Folglich mußte die Regierung durch einen von Großbritannien und den USA gesteuerten Putsch beseitigt und das Schah-Regime wiedereingesetzt werden.

Die nächsten sechsundzwanzig Jahre war der Iran gut. Der Schah hatte mit Menschenrechten nichts im Sinn, aber er diente den Interessen der USA. Er eroberte saudi-arabische Inseln, beherrschte die Region und tat auch sonst alles, um den Vereinigten Staaten zu helfen. Er war gut, und folglich brachte die Presse auch keine Berichte über iranische Verbrechen. Besonders Präsident Carter gehörte zu den Bewunderern des Schahs. Noch einige Monate vor dessen Vertreibung lobte Carter die »fortschrittliche Verwaltung« und anderes mehr.

1979, nach dem Rückzug aus dem imperialen System, wurde der Iran dann wieder böse und ist es bis heute geblieben. Er hat eben nicht gehorcht. Die Situation ist sehr interessant, denn die wirklich mächtige amerikanische Öl-Lobby – die Energiekonzerne – will den Iran in das Weltsystem reintegrieren, aber das läßt die Regierung nicht zu. Der Iran muß Feind bleiben.

Zudem hat das Gerede von der »Achse des Bösen« die Reformkräfte im Iran geschwächt, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, während die reaktionären Kleriker gestärkt wurden. Aber all das wird von der Regierung für gut befunden, und wir müssen uns fragen, warum das so ist.

Ich habe den Verdacht – das ist lediglich Spekulation, weil wir über keine entsprechenden Dokumente verfügen –, daß der Grund der übliche ist: »Bewahrung von Glaubwürdigkeit«. Wenn jemand aus der Reihe tanzt, muß er bestraft werden, damit andere begreifen, daß so ein Verhalten nicht geduldet wird. So lautete auch der offizielle Grund für die Bombardierung Serbiens und des Kosovos: Es ging um die »Glaubwürdigkeit der NATO«. Niemand tanzt aus der Reihe. Man gehorcht, sonst setzt es was.

Meiner Meinung nach liegt darin das Hauptmotiv für die augenblickliche Politik der USA gegenüber dem Iran. Ich glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten einen Angriff ernsthaft in Erwägung ziehen. Er wäre zu gefährlich und zu kostspielig. Und solange die reaktionären Kleriker im Iran die Oberhand behalten, wird das Land nicht in das internationale System zurückkehren.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es jedoch einen Angriff auf den Irak geben; eine Operation, die nicht ganz einfach zu planen ist. Mit absoluter Gewißheit aber läßt sich heute schon sagen, daß die offiziell vorgetragenen Begründungen nichts mit den tatsächlichen Gründen für einen solchen Angriff zu tun haben. Die gebildeten Schichten dienen der Regierung, indem

sie sich darüber ausschweigen, obwohl sie Bescheid wissen.

Ob Bush, Blair oder Clinton – alle sagen uns, Saddam sei ein Monster, der sogar chemische Waffen gegen das eigene Volk eingesetzt habe und deshalb verschwinden müsse. Unterschlagen wird dabei, daß Großbritannien und die USA dem Monster bereitwillig dabei geholfen haben. Zu der Zeit – in den achtziger Jahren – war Hussein sehr viel gefährlicher als heute, woran niemand im Westen etwas auszusetzen hatte. Noch Anfang 1990 – einige Monate vor der Invasion in Kuwait – schickte Präsident Bush sen. eine hochrangige, vom späteren republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bob Dole angeführte Delegation von Senatoren nach Bagdad, um dem Freund Saddam Hussein Grüße übermitteln zu lassen. Man dankte ihm für seine Leistungen und riet ihm, kritische Kommentare, die bisweilen in der amerikanischen Presse zu finden seien, unbeachtet zu lassen. Man versicherte ihm, daß ein kritischer Kommentator der Voice of America von seinem Posten entfernt würde, damit Saddam nicht anhören müsse, welche bösen Sachen er selbst fortwährend täte. Wenige Monate später war er die »Bestie von Bagdad«, die die Welt erobern wollte usw.

Aber seine Verbrechen sind nicht der Grund für die bevorstehende Eroberung, und auch nicht die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen.

Der wahre Grund liegt auf der Hand: Der Irak verfügt über die zweitgrößten Erdölreserven der Welt, und es war eigentlich immer schon klar gewesen, daß die Vereinigten Staaten auf die eine oder andere Weise etwas unternehmen würden, um die Kontrolle über diese riesigen Ressourcen, die viel umfangreicher sind als die Vorräte im Kaspischen Meer, zurückzugewinnen. Natürlich gönnen die USA diese Ressourcen ihren Konkurrenten nicht; im Augenblick nämlich haben Frankreich und Rußland beim Irak-Öl die Nase vorn.

Wie also kommen die USA an dieses Öl? Das eigentliche

Problem ist weniger der Krieg selbst, als vielmehr die Installierung eines neuen Regimes, das im übrigen völlig undemokratisch sein muß.

Anderenfalls nämlich hätten die Einwohner etwas mitzureden, zumindest minimale Mitspracherechte. Nun ist die Bevölkerungsmehrheit im Irak schiitisch und würde vermutlich eine Verbindung mit dem Iran anstreben, was Washington keinesfalls zuläßt. Die Kurden im Norden wiederum fordern Autonomie, was den Interessen der Türkei (und natürlich auch denen Washingtons) zuwiderläuft.

Der Regimewechsel im Irak muß folglich auf etwas hinauslaufen, das der Herrschaft Saddam Husseins sehr ähnlich sieht: auf ein sunnitisch orientiertes Militärregime, das die Bevölkerung im Zaum halten kann. Das ist im übrigen schon seit dem Golfkrieg von 1991 klar. Im März, kurz nach Beendigung des Kriegs, besaßen die USA die vollständige Kontrolle über das Gebiet. Im Süden gab es einen massenhaften Aufstand der Schiiten, dem sich auch rebellierende Generäle angeschlossen hatten.

Die Aufständischen wollten keine Unterstützung durch die USA, sondern baten nur um die Erlaubnis, von amerikanischen Soldaten erbeutete irakische Waffen benutzen zu können. Bush sen. hatte eine andere Idee. Er gestattete seinem Freund Saddam, den Aufstand mit Hilfe von Kampfflugzeugen niederzuwerfen.

General Norman Schwarzkopf meinte später, er sei von den Irakern hereingelegt worden. Als er Saddam gestattete, Kampfflugzeuge einzusetzen, habe er nicht gewußt, daß das tatsächlich geschehen würde. Das zeigt natürlich, wie hinterhältig Saddam ist – immer überlistet er uns. So konnte er mit Hilfe der USA die Schiiten im Süden und die Kurden im Norden niederwerfen.

Schon damals äußerte sich Thomas Friedman, Korrespondent der *New York Times* mit exzellenten Verbindungen zum US-

Außenministerium (dessen Sprachrohr in der Zeitung er ist), ganz offen: Das Beste für die Vereinigten Staaten wäre eine »Militärjunta«, die den Irak, ganz wie Saddam, mit »eiserner Faust« regieren würde. Das gilt heute mehr denn je, und so organisieren CIA und Außenministerium Treffen mit irakischen Generälen, die in den neunziger Jahren übergelaufen sind.

Das alles ist keineswegs einfach zu arrangieren, aber höchstwahrscheinlich das, was geplant wird.

ANHANG

Über den Film »Power and Terror: Noam Chomsky in Our Times«

Ein Dokumentarfilm von John Junkerman / 35 mm / 74 Minuten
/ Produziert von Siglo 2002 Vertrieb in Nordamerika durch First
Run Features, New York

Inhaltsangabe Mit der Aufzeichnung eines längeren Interviews und einer Reihe öffentlicher Vorträge, die Chomsky im Frühjahr 2002 in Kalifornien und New York gehalten hat, präsentiert *Power and Terror* die jüngste Entwicklung in Chomskys Denken. Chomsky verortet die terroristischen Angriffe vom 11. September im Kontext der US-Interventionspolitik, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg global entwickelt hat. Vietnam, Mittelamerika und der Nahe Osten sind die prägnantesten Beispiele. Chomsky folgt dabei dem Prinzip, daß die Ausübung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung Terror ist, der von einer Bande gut organisierter Muslime ebenso ausgehen kann wie von dem mächtigsten Staat der Welt. Kompromißlos fordert er die Vereinigten Staaten dazu auf, an ihre eigenen Aktionen jene moralischen Maßstäbe anzulegen, die einzuhalten sie von anderen verlangen.

Chomsky läßt die Geschichte von Kriegsverbrechen Revue passieren und analysiert die Doppelmoral und Heuchelei der westlichen Medien und Intellektuellen, kommt jedoch zu erstaunlich optimistischen Aussichten für die Zukunft. Seine in vier Jahrzehnten politischer Tätigkeit gesammelten Erfahrungen führen ihn zu dem Schluß, daß die Welt zivilisierter geworden ist, was sich nicht zuletzt der so mühseligen wie entschlossenen, so unauffälligen wie tapferen Einmischung ganz gewöhnlicher Bürger in die Politik verdankt. Dieser Optimismus prägt die Aufgabe, die Chomsky sich selbst gestellt hat und stellt: die

Öffentlichkeit über die Tatsachen aufzuklären in der Überzeugung, daß sie, mit jenem Wissen ausgerüstet, auch entsprechend handeln wird.

Produzent: Tetsujiro Yamagami Kamera: Koshiro Otsu Sound Mix: Yukata Tsurumaki Schnitt: John Junkerman, Takeshi Hata Mitproduzent: Mayu Ogawa Zweite Kamera: Tsuneo Azuma, Scott Crawford, John Junkerman Location Sound: Steve Bores, Tammy Douglas, Jun Hiraoka, Alayu Ogawa Location AP: Cathleen O'Connell Dolmetscher: Christopher Field Übersetzung: Kaoru Matsumoto, John Junkerman Standfotos: Theo Pelletier Graphisches Design: Takashi Miyagawa Postproduction Coordinator: Valerie Dhiver Production Desk: Yuko Ishida Production Manager: Masaaki Sasaki Tonstudio: Yurta Titel: Michikawa Production Labor: L. T. C., SCANLAB (Frankreich)

Musik: Kiyoshiro Imawano »Gibitsumi« von Kiyoshiro Imawano / Little Screaming Revue, aus *Rainbow Café* »Kurasu« von Kiyoshiro Imawano / Ruffy Tuffy, aus *The Cross of Fall* »Brimming Heat of Tears« von Kiyoshiro Imawano / RC

Succession, aus *Baby a Go Go* Produktdonsassistentz: Tsurumi Shunsuke, Little More, Babys, Telesis International, Japan Herald, Anthony Arnove, Toei Kako, Nippon Cine Arts, Mulberry Studio.

Yoko Tatara, Atsuko Shibata, Kiyomi Yamoto.

Dank an Bev Stohl, Linda Hoaglund, Leah Mahan, Genee Salman, Students for Justice in Palestine, Barbara Lubin, Penny Rosenwasser, Middle East Children's Alliance, IATSE, Paul George, Peninsula Peace & Justice Center, Omar Antar, AECOM Muslim Students Association, Wasa Bischara, Committee for Azmi Bischara and the Minorities in Israel. Besonderer Dank an Noam und Carol Chomsky.

Informationen zum Erwerb von *Power and Terror* auf DVD oder Video über:

First Run Features

153 Waverly Place New York, NY 10014

Tel. 001-212-243-0600

Homepage: www.firstrunfeatures.com

E-Mail: info@firstrunfeatures.com

Informationen für den Einsatz in Bildung und Erziehung über:

First Run / Icarus Films

32 Court Street, 21st Floor Brooklyn, NY 11201

Tel. 001-800-876-1710

Homepage: www.frif.com E-Mail: mail@frif.com

ANMERKUNGEN

¹ Im März 1995 verübten Mitglieder der japanischen Sekte Aum Shinrikyo mit dem Giftgas Sarin einen Anschlag auf die U-Bahn in Tokio, bei dem zwölf Menschen starben und Tausende verletzt wurden.

² »Ground Zero« war die Bezeichnung für das nach dem amerikanischen Atombombenabwurf verwüstete Hiroshima. (A. d. U.)

³ Das Internationale Militärtribunal für den Fernen Osten fand von 1946 bis 1948 in Tokio statt. Elf Nationen nahmen an den Verhandlungen gegen 25 japanische Angeklagte teil. Von ihnen wurden sieben zum Tod durch den Strang verurteilt, sechzehn zu lebenslanger Haft, zwei erhielten geringere Strafen. (A. d. U.)

⁴ Vgl. etwa Jon Halliday und Bruce Cumings, Korea: The Unknown War, New York 1988, S. 195 f. (A. d. Ü.)

⁵ Vortrag vom 25. Mai 2002 im Montefiore Medical Center, Bronx, New York, gesponsert vom Albert Einstein College of Medicine Muslim Students' Association u. a.

⁶ Die School of the Americas (SOA), eine Institution der US-Armee mit Sitz in Fort Benning (Georgia), bildete lateinamerikanische Soldaten für den Kampf, speziell den »Antiterrorkrieg« und den Drogenkrieg aus. Einige Absolventen der SOA gehörten, so die School of Americas Watch, zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern in Lateinamerika. Im Januar 2001 wurde die SOA durch das Western Hemisphere Institute for Security Operation ersetzt. (A. d. Ü.)

⁷ Leon Klinghoffer war ebenfalls auf den Rollstuhl angewiesen, und, was Chomsky nicht erwähnt, jüdischer

Herkunft. (A. d. Ü.)

⁸ Vgl. »W« and Torture: Two Trial Observations, Sept. 2002, veröff. vom Kurdish Human Rights Project (London), dem Bar Human Rights Committee of England and Wales, der Human Rights Association (Ankara); Abschn. 2: »Der Fall „W“«.

⁹ Vgl. Doug Stokes, »Better Lead than Bread? A Critical Analysis of the U.S.'s Plan Colombia«, Civil Wars 4.2 (Sommer 2001), S. 59-78; Garry M. Leech, Killing Peace (Information Network of the Americas, NY, 2002), S. 66 f. Weitere Informationen in Noam Chomsky, Rogue States, Kap. 5.

¹⁰ Bei Chomsky lautet das Zitat: »mere Things – whose lives are of no value«. Es stammt offensichtlich aus Hegels Philosophie der Geschichte, wo es im Abschnitt III der »Einleitung« über Afrika u. a. heißt: »Etwas andres Charakteristisches in der Betrachtung der Neger ist die Sklaverei. Die Neger werden von den Europäern in die Sklaverei geführt und nach Amerika hin verkauft. Trotzdem ist ihr Los im eignen Lande fast noch schlimmer, wo ebenso absolute Sklaverei vorhanden ist; denn es ist die Grundlage der Sklaverei überhaupt, daß der Mensch das Bewußtsein seiner Freiheit noch nicht hat und somit zu einer Sache, zu einem Wertlosen herabsinkt.« Der Zusammenhang ist, trotz Hegels »eurozentrischer« Sichtweise, etwas komplexer, als Chomsky suggeriert. (A. d. Ü.)

¹¹ Auszug aus einer Diskussion nach dem Vortrag, bei der Chomsky gefragt wurde, ob er das Vorgehen der Amerikaner in Vietnam mit dem Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden auf eine Stufe stellen wolle, was Chomsky entschieden verneinte. (A. d. Ü.)

¹² Auszug aus dem Vortrag »Peering into the Abyss of the Future«

(»Ein Blick in den Abgrund der Zukunft«);

Benefizveranstaltung für das Peninsula Peace and Justice Center, Rickey's Hyatt House, Palo Alto, Kalifornien, vom 22. März 2002.

¹³ Auszug aus einem Vortrag am Hunter College, New York City, vom 25. Mai 2002. Der Vortrag diente der Unterstützung der Verteidigung von Azmi Bischara, einem israelischen Araber und Mitglied der Knesset, mit dem Chomsky seit vielen Jahren befreundet ist.

¹⁴ Vgl. die deutsche Ausgabe *Offene Wunde Nahost* (Europa Verlag, Hamburg 2002), S. 255-271. (A. d. Ü.)

¹⁵ Auszug aus einer Diskussion in kleiner Runde nach Chomskys Vortrag in Palo Alto vom 22. März 2002.

¹⁶ MSNBC ist ein Joint-Venture-Unternehmen der Firma Microsoft mit der National Broadcasting Corporation (NBC). (A. d. U.)

¹⁷ Ein kurzer, aber blutiger Bürgerkrieg im September 1970 zwischen der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und der jordanischen Armee, nachdem die PFLP drei Passagierflugzeuge entführt hatte, um palästinensische Gefangene, die in Israel und Europa inhaftiert waren, freizupressen. Die Terroristen, die bei den Olympischen Spielen in München israelische Sportler umbrachten, gehörten der Organisation »Schwarzer September« an. (A. d. Ü.)

¹⁸ Dieser Abschnitt enthält Diskussionsabschnitte der Frageperioden nach dem Vortrag in Palo Alto sowie nach einem Benefizvortrag zugunsten der Middle Eastern Children's Alliance im Berkeley Community Theatre vom 21. März 2002.

¹⁹ Auszüge aus einer Diskussion an der Berkeley-Universität vom 19. März 2002. Die Veranstaltung wurde von den Students for Justice in Palestine gesponsert.

²⁰ Vgl. dazu die deutsche Ausgabe *People Without Rights* (Europa Verlag, Hamburg 2002). (A. d. Ü.)